

# Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 80 J.  
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 1. Juli 1899.

Inserate die dreispaltige Pettzeile oder deren Raum 30 J.  
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** Was heute schon alles bestraft wird. — Aus der amerikanischen Metallarbeiterbewegung. — Die Zuchthausvorlage auf der Strecke. — Der Ausstand der Goldschläger in Nürnberg und Schwabach. — Der Ausstand in Torgelow. — Mittheilungen aus der Metallindustrie. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Technisches. — Gerichtszeitung. — Rundschau. Litterarisches.

## Zur Beachtung.

### Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Schwabach Str.;
- von Drehern nach Pilsen in Böhln. (Tonnar), nach Freising L.; nach Birkheim u. Led. (Bauerle) Str., nach Reichenbach im Vogt. (J. C. Braun);
- von Drehern, Hoblern und Schlossern nach Erimmitschau, nach Pilsen (Sächs. Zuchthausfabrik);
- von Feilenhauern u. nach Chemnitz, nach Birkheim u. Led.;
- von Feilenschleifern nach Chemnitz (Schmidt);
- von Feingoldschlagern nach Nürnberg und Schwabach Str.;
- von Glashauern (Klempnern) nach Biel L., nach Lübeck L., nach München (Schneider), nach Stuttgart Str.;
- von Formern und Siebereiarbeitern nach Alt- und Langerdorf (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele u. Lindner), nach Saundorf, nach Pöbeln (F. Pösel), nach Pilsen Str., nach Görlitz (Sächliger Maschinenfabrik), nach Halle-Wilsdorf (A. Jastob), nach Biel (Hovaldis-Werke) Str., nach Heilbronn (Wolff), nach Kaiserslautern, nach Vauchohammerwerke in Landhammer, Preußen-Großh., Burghammer und Pilsen M., nach Leipzig und sämtlichen Vororten Str., nach Nürnberg (Schudert), nach Rathenow (Otto Schmidt), nach Reichenbach im Vogt. (J. C. Braun), nach Stuttgart, nach Torgelow Str., nach Tuffenhäuser (G. Kuhn) Str.;
- von Kesselschmieden nach Freising L.;
- von Maschinenschlossern nach Erimmitschau (Kettling und Braun), nach Birkheim u. Led. (Bauerle) Str., nach Reichenbach i. Vogt.;
- von Metallarbeitern nach Eisenburg (Dr. Bernhardt Sohn, W. Dränert) M., nach Gelsenkirchen-Gräbke M., nach Leipzig-Lindenau (Jäger u. Ko.) Str., nach Gorgan (Maschinenfabrik von Braun & Sohn) L., nach Zindorf (Wolz & Hammerbacher);
- von Schmieden nach Birkheim u. Led. (Bauerle) Str.;
- von Silberschlagern nach Fürth und Schwabach Str.;
- von Schlossern nach Freising L., nach Weimar;
- von Stemmern nach Flensburg (Schiffsbaugejellschaft) Str.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, welche Abohaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Auslicht; L.: Lohnbewegung; U.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Urford-Reduktion.)

## Was heute schon alles bestraft wird.

Die ganze Scharfmacherbande und ihr Werk, die Zuchthausvorlage nebst „Begründung“ und Denkschrift verfolgen den gemeinsamen Zweck, die bestehenden Zustände so darzustellen, als könnten die organisierten Arbeiter thun und lassen was sie wollten und als wären alle Behörden, alle „Arbeitswilligen“ und alle Unternehmer dagegen absolut machtlos. Dieser demagogischen Irreführung der öffentlichen Meinung gegenüber darf nur an das Dresdener Schreckensurtheil erinnert werden, um den ganzen Humbug, die ganze Demagogie in ihrer Verlogenheit bloßzulegen. Daß aber auch sonst die brutalsten Urtheile gegen die organisierten Arbeiter wegen eines Wortes, wegen einer Forderung an böswillige Kollegen oder an Unternehmer in großer Zahl ausgesprochen werden, lehrt jedes Arbeiterblatt, das man daraufhin durchstudirt. Was ist nicht heute schon mit der Anwendung des ausnahmegesetzlichen § 153 der Gewerbeordnung, mit dem Groben Unfug-Paragrafen und mit einer ganzen Reihe anderer §§ des Strafgesetzes gegen die Arbeiter

alles möglich. Aus der reichen Fülle berartiger brutalster Urtheile gegen die Arbeiter sei nachstehend nur eine kleine Wiste zusammengestellt.

So erhielt in Flensburg ein Maurer eine Woche Gefängniß, weil er als Mitglied des Streikkomitees am Bahnhofs angekommenen „Arbeitswilligen“ zugerufen hatte: „Leute, hier ist Streik!“ Der mitangeklagte Zimmerer Nielsen war freigesprochen worden, wurde aber auf Berufung des Staatsanwalts vom Landgericht zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er auf der Straße zu einem Trupp Streikbrecher gesagt haben sollte: „Leute, hier ist Streik, Ihr seid noch jung und wißt nicht, was Ihr thut, aber hütet Euch!“ Im polizeilichen Beunruhigungszeugniß war erklärt worden, daß er die Ueberredung der „Arbeitswilligen“ stets „in der ihm eigenen ruhigen und besonnenen Weise gethan habe“. In Lübeck erhielt ein Bauarbeiter 2 Monate Gefängniß, weil er einen Streikbrecher in Uebereinstimmung mit der Thatsache eben Streikbrecher nannte. Ein italienischer Maurer bekam in Dresden 5 Wochen Gefängniß wegen der an weiterarbeitenden Kollegen gerichteten Worte: „Wenn Ihr weiterarbeitet, sollt Ihr sehen, was Euch passiert!“ In demselben Dresden wurde ein Maurer zu 6 Monaten Gefängniß und dreijährigem Ehrverlust verurtheilt, weil er einen Stundenlohn von 45 J verlangte und eventuell mit der Sperre des Baues „drohte“. Und darum eine solche brutalste Strafe, darum ehrlos! In Stettin erhielten zwei Zimmerer je 4 Monate Gefängniß, weil sie einem zugereisten Gehilfen angeblich durch Drohungen zur Arbeitsniederlegung veranlaßt hatten. Die Maurer Trenchen und Binn in Berlin wurden zu 4 resp. 2 Monaten Gefängniß verurtheilt und zwar wegen angeblicher „Erpressung“, weil sie einen nichtorganisirten Mitarbeiter zu Beiträgen an den Streikfonds veranlassen wollten. Ein anderer Berliner Arbeiter erhielt 1 Monat Gefängniß, weil er zu seinen Nachbarn über zwei aus der Versammlung, in der über die Streitfrage berathen werden sollte, fortlaufende Mitarbeiter sagt: „Seht Euch die Kollegen an!“ Wegen der an einen Streikbrecher gerichteten Worte: „Es ist nicht schön, wenn Arbeiter ihren älteren Kollegen in den Rücken fallen“, erhielt ein Gewerkschafter 1 Monat Gefängniß. In Wiesbaden bekamen zwei Maurer je 1 Woche Gefängniß, weil sie zu einem Streikbrecher sagten: „Geh' heim, Du hast nicht ausgeschlafen!“ In Halle a. S. wurden drei Maurer zu Gefängnißstrafen von 7 bis 9 Monaten verurtheilt wegen einiger Worte, die sie an Streikbrecher gerichtet hatten. „Kollegen, ich mache Sie aufmerksam, daß die Maurer hier streiken!“ sagte in Görlitz ein Arbeiter zu einem Arbeitswilligen und wurde dafür zu einer Geldstrafe von 30 M verurtheilt. Der Maurer Spulling in Potsdam sagte zu einem Streikbrecher: „Du sollst mitstreiken, und Du arbeitest!“ Damit habe er zwar keine Drohung oder Abmahnung, wohl aber einen Hausfriedensbruch begangen, weil er den Bau betreten hatte und dieses Verbrechen konnte nur mit 14 Tagen Gefängniß gesühnt werden. Der geniale und objektive Staatsanwalt, dem das Wesen des Koalitionsrechts offenbar noch ein Buch mit sieben Siegeln geblieben ist, offenbarte in seiner Weisheit, „daß es auf alle Fälle „frevlerhaft“ sei, Jemand zur Theilnahme an einem Streik drängen zu wollen.“ Zwei Mitglieder des Streikkomitees der Flensburger Maurer mußten je 6 M Strafe zahlen, weil sie sich auf eine Bank vor dem Bahnhof gesetzt hatten! In Lübeck erhielt ein Streikender 7 Monate Gefängniß, weil er einem polnischen Streikbrecher die Wutke vom Kopfe schlug. Wegen einer Prügelei mit den Streikbrechern wurden in Lübeck Streikende bis zu 10 Monaten Gefängniß verurtheilt, während die theilhaftigsten Streikbrecher gar nicht angeklagt waren.

Während des Hamburger Hafenarbeiterstreiks herrschte gegen die Streikenden scharfe Schneidigkeit, ein Streikbrecher aber, der einen Streikenden mit dem Revolver bedrohte, wurde gar nicht angeklagt!

Das ist die unverhüllte, nackte Klassenjustiz und Klassenherrschaft! So behandelt man die Arbeiter als Angeklagte wegen der harmlosesten Worte und Handlungen. Sie werden aber auch als Zeugen in Streiksachen nicht besser behandelt, nur daß sie als solche eben nicht verurtheilt werden. So sagte der Amtsrichter Grobke in Spandau zu einem Zeugen: „Sie sind einer von den Schlimmern der Streikenden, die anderen betragen sich wenigstens nicht berartig gemein.“ Die Forderungen der Streikenden bezeichnete der Herr als „unberechtigte“ und als eine „Schraube ohne Ende“ — ein Urtheil, das durch keinerlei Sachkenntniß getrübt war. In der gleichen Verhandlung erklärte der auf der gleichen Höhe stehende Amtsanwalt gegenüber dem Angeklagten: „Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß der Angeklagte, weil er mitstreikte — nicht arbeiten will!“ Gegen einen Kläger sagte ein Berliner Gerichtspräsident: „Streiken thun Sie, arbeiten wollen Sie nicht, aber dann noch Geld haben!“

Haarsträubende Urtheile werden gefällt gegen Streikende, wenn sie wirkliche oder angebliche Ausschreitungen sich zu Schulden kommen ließen. So erhielt der Maurer Feilenberger vom Dresdener Landgericht 7 Monate Gefängniß wegen der an einen Streikbrecher gerichteten Worte: „Ich habe Dir den Grad voll, daß Du nicht mehr arbeiten kannst!“ Der Bauarbeiter Ringwald wurde ebenfalls in Dresden zu 2 Wochen Gefängniß verurtheilt wegen der Aeußerung: „Wer Montag wieder anfängt, kriegt Keile!“ Der Zimmerer Suhlisch bekam in Berlin 3 Monate Gefängniß wegen der Worte: „Du bist ja werth, daß Du sofort Deine Strauche kriegst!“

Bei diesen sich immer mehr häufenden Gerichtsverhandlungen fällt auch manches Charakteristische Streiklicht auf die Herren Streikbrecher, diese neuesten Ordnungsthiere und verzogenen Lieblinge der herrschenden Klassen. So war ein in Spandau beleibter arbeitswilliger Streikbrecher bereits 18mal mit Gefängniß und Zuchthaus bestraft, der Maurer Seibel erhielt aber nichtsdestoweniger 8 Wochen Gefängniß wegen Beleidigung dieses Nichtgentlemens, Namens Neumann. In demselben Spandau hatte der 19jährige Streikbrecher Engel den Holzschuppen angezündet, der 60 italienischen Mitstreikbrechern als Hotel diente und wofür bis zur Entdeckung des Thäters von der gesammten Scharfmacherpresse mit großem Geschrei die streikenden Maurer verantwortlich gemacht worden waren. Der Liebe und ehrenwerthe Streikbrecher und Brandstifter erhielt jedoch mehrere Jahre Zuchthaus. Wehe aber den ehrlichen deutschen Arbeitern, wenn dieses verkommene Subjekt nicht als der Verbrecher entdeckt worden wäre! Bevor Engel den edlen, staatsretterischen und staatsverhaltenden Beruf als Streikbrecher ergriffen hatte, war er wegen Trunkenheit und Unbotmäßigkeit aus der Arbeit entlassen worden.

Wie auch andere Behörden ausschließlich von kapitalistischen Gesinnungen erfüllt sind, zeigt nicht bloß die Auslieferung von Mitgliedslisten der Gewerkschaften durch die Polizei an die Unternehmer, damit diese daraus erfahren können, welche von ihren Arbeitern gewerkschaftlich organisiert sind, um sie dann eventuell maßregeln zu können; nicht bloß das direkt an Unternehmer gestellte Verlangen, diesen oder jenen Arbeiter zu entlassen; nicht bloß das Verbot von Selbstausschreitungen, das Verbot von Versammlungen streikender Arbeiter, welche Praxis besonders in Sachsen geübt wird und nicht bloß die schwere Bestrafung der Vergehen gegen Streikbrecher durch die Gerichte, sondern auch die andere Beurtheilung der Beleidigungen der



Arbeiter durch Unternehmer. So erkannte das Gewerbe-gericht in Burg bei Magdeburg, daß die Beschimpfung eines seiner Gehilfen durch den Schneidermeister Reimann mit dem Worte „Lausejunge“ keine grobe Beleidigung sei. In Berlin schlug ein Fuhrherr seinen Kutscher mit der scharfen Seite eines Spatens auf den Kopf, sodann mit einem Stein und warf ihm noch einen großen Mauerstein nach und für diese thierische Rohheit erhielt der Held eine Geldstrafe von 375 Mk. In einem andern Falle erkannte das Berliner Kammergericht, daß der Angestellte eines lithographischen Geschäftes mit Recht ohne Kündigung entlassen wurde, weil er auf die Sammelliste der streikenden Lithographen 50 J gezeichnet hatte. Das Landgericht hatte vorher die Entlassung als rechtswidrig erklärt und den Unternehmer zur Entschädigung des Entlassenen mit 335 Mk verurteilt. Der Gutbesitzer Lehmann in Gullig bei Dresden hatte seinem verheiratheten Erntearbeiter die Düngergabel in den Kopf gestochen, so daß er zwei Tage darauf starb. Dafür gab es 2 Jahre Gefängniß. Hätte dies ein streikender Arbeiter gegenüber einem Streikbrecher gekostet, er würde in Dresden wohl zum Tode verurtheilt und auch hingerichtet worden sein.

Bei Streitigkeiten der Unternehmer unter einander stellen sich die Gerichte auf die Seite Derjenigen, welche gegen die Arbeiter stehen. So wurde in München der Ofenfabrikant Strecker, der seinen Kollegen Hausleitner wegen Bewilligung der Arbeiterforderungen „schmutziges Verhalten“, „Tadasthat“ und „Pfui der Schande“ vorgeworfen hatte, freigesprochen. Hätte ein Streikender dasselbe gegen einen Streikbrecher gesagt, er hätte vielleicht ein halbes Jahr Gefängniß erhalten. In Eisenach erhielt ein Innungsmeister wegen eines ähnlichen Vergehens nur 1 Tag Gefängniß!

Das ungleiche Maß, nach dem organisierte Arbeiter und andere Leute beurtheilt werden, zeigen folgende zwei Fälle im hellsten Lichte. In Berlin wurde ein Zigarrenarbeiter zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt, weil er eine Streikbrecherin in's Gesicht geschlagen und gesagt hatte: „Dich las ich schlagen ich todt, wenn Du hier weiter arbeitest!“ Das ist eine verwerfliche Rohheit gewesen, aber sie steht dennoch in keinem Verhältniß zu dem harten Urtheil und in höchstem Gegensatz zu einem ungefähr um die gleiche Zeit in Offenbach a. M. gefällten Gerichtsurtheil, wobei es sich nicht um organisierte Arbeiter handelte. Ein Fabrikarbeiter von Burgel hatte einen jungen Mann mit den Worten: „Hund, ich steche Dich todt!“ bedroht und dafür erhielt er eine Geldstrafe von 10 Mk! Die Gerichte können also auch anders. —

Während die Agitatoren und Handlanger der Kapitalisten, diese gewissenlosen, abgebrühten Hezer und Wähler gegen die Arbeiter, von ihren „Herdgebern“ glänzend bezahlt werden — so erhält bekanntlich der gallische Jude Schweinsburg von den Schatzmachern und Kühnemännern jährlich 15,000 Mk für seine gewerbmäßigen Hezerien gegen die Arbeiter — und von den Behörden durch besondere Behandlung und Ehrungen zc. ausgezeichnet werden, haben dieselben Behörden für die Vertrauensleute der Arbeiter nur die tiefste Verachtung, redet die Zuchthausvorlage ihnen gegenüber in gemeiner Sprache von „Geschäft“ und „Mädelführern“ und sprüht die Deutschschrift Gist und Galle, schlenbert sie Stinkbomben gegen sie. „Agitator“, „gewerbmäßige und bezahlte Agitatoren“, „berühmter sozialdemokratischer Agitator“, „gewohnheitsmäßiger Agitator“, „berufsmäßiger Hezer“, „berufsmäßige Agitatoren und Hezer, Redakteure der sozialdemokratischen Presse und Parteileitung“ u. s. w., so wimmelt es in der Deutschschrift von Beleidigungen der Vertrauensleute der Arbeiter. Ist das eine anständige Sprache in einem amtlichen Berichte? fragen wir. Darauf gibt es nur eine Antwort:

**Pfui Teufel über eine solche Sprache!**

Wenn aber Behörden, die über den Parteien auf einer höheren Ebene stehen sollten, sich so vollständig verweisen, alle amtlichen und Anstandspflichten außer Acht lassen und damit gegen die Arbeiter und ihre Vertrauensleute wüthen, dann darf man sich über nichts mehr wundern, was aus dem kapitalistischen Lager kommt. Das heißt aber die rechtliche Vogelfreiheit des arbeitenden Volkes in Deutschland, die Proklamtion des straffreien Schiessprivilegiums der besitzenden und herrschenden Klassen.

Wir haben gezeigt, was man heute schon Alles in Deutschland bestraft, wie man heute schon die Arbeiter behandelt und wir wiederholen daher immer wieder unser ceterum censeo:

**Nieder mit der Zuchthausvorlage!**

**Aus der amerikanischen Metallarbeiterbewegung.**

Ueber die nach einer mehrjährigen Krise endlich im vorigen Jahre eingetretene wirtschaftliche Prosperität in den Vereinigten Staaten ist in diesem Blatte wiederholt kurz berichtet worden. Die von den amerikanischen Industriellen mit der ihnen eigenen Energie betriebene Erwerbung neuer Absatzgebiete hat für sie in der ganzen Welt Erfolg gehabt, so daß sie heute in allen 5 Erdtheilen mit den Engländern und Deutschen als Konkurrenten zusammenstoßen; diese Fortschritte sowohl als auch der Sieg im Kriege mit den Spaniern haben das amerikanische Wirtschaftsleben neu befruchtet und zur Blüthe gebracht und auch den Arbeitern Anlaß gegeben, eine Verbesserung ihrer Verhältnisse herbeizuführen.

In Allegheny City, der Schwesterstadt Pittsburgs, mit über 100,000 Einwohnern kam es darüber auf Schön's Werken für Stahlblech-Waggonen zu einem großen Streik. Pittsburg mit seiner Umgebung gehört zu den Zentren der amerikanischen Eisen- und Kohlenindustrie, aber auch verschiedene andere Industrien sind daselbst in kleinerem oder größerem Umfange vertreten. Die Stadt Pittsburg zählte 1890 238,617 Einwohner, aber mit seiner volkreichen Umgebung vereinigt, würde es 700,000 Einwohner zählen. Die dortige Stahl- und Eisenindustrie hat eine jährliche Gesamtproduktion von rund 5 Millionen Tonnen. Weltbekannt sind die Carnegiewerke, sie umfassen mehrere der größten, an verschiedenen Orten gelegene Fabriken und arbeitet die Compagnie mit dem ungeheuren Kapital von 100 Millionen Mark. Mehrere andere Werke stehen den kleineren verwandten Geschäften der Eisenbranche mit 800 bis 2000 Arbeitern reihen sich denselben an. Die Carnegiewerke beschäftigen mehr als 15,000 Arbeiter. In 126 verschiedenen Steinkohlengruben arbeiten über 15,000 Arbeiter und das ganze Kohlengebiet um Pittsburg herum hat eine Ausdehnung von 10,000 englische Quadratmeilen, wozu noch 90,000 Acres Koksländ kommen. Die reichen Petroleumquellen liefern eine jährliche Ausbeute im Werthe von 90 Mill. Dollars; ebenso ist die Menge des täglich verbrauchten Naturgases eine enorme. 1000 englische Meilen Rohrleitung besorgen die Zufuhr an die Konjumenten und soll ein Kapital von nicht weniger als 30 Millionen Dollars in der Gewinnung und dem Betriebe dieses Gases angelegt sein. Ferner ist zu erwähnen die Glas-Industrie, die in 90 Anlagen 10,000 Arbeiter beschäftigt, die Zigarrenindustrie zc. Insgesamt sind über 140,000 Industriearbeiter in Pittsburg und Umgebung beschäftigt.

An dem erwähnten Streik beteiligten sich ca. 3000 Arbeiter. Die gestellten Forderungen waren: Allgemeine Lohnerhöhung, 24stündige Sonntagsruhe bei völliger Stillstand der Werke; rechtzeitige Lohnzahlung; Abstellung des Betriebes in der betreffenden Abtheilung, wo ein schwerer Unglücksfall passirte, bis der Beruf unfallt entfernt ist. Die Fabrikleiter setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um das Vorgehen der Arbeiter zu vereiteln. Unter den nichtsnützigsten Vorwänden und Verläumdungen hezten sie die Polizei auf die Arbeiter, um sie durch Verhaftungen einzuschüchtern; die „Kloake“, das großstädtische Lumpenproletariat, wurde mobil gemacht, um die Versammlungen der Streikenden zu stören und Unordnungen zu provoziren; es wurde eine Versammlung der guten Bürger und „braven Arbeiter“ einberufen, um die Streikenden zu entzweien; käufliche „Arbeiterführer“, „Fakirs“, wie die sozialistische Presse sie nennt, wurden von den Geschäftsleitern in die Versammlungen der Streikenden geschickt, um die Leitung in ihre Hände zu bekommen und sodann die ganze Bewegung zu Gunsten der Kapitalisten zu Schanden zu machen; der Chauvinismus wurde hineingetragen; in den Wohnungen wurden die Arbeiter von den Angestellten und Agenten bearbeitet, damit sie Streikbrecher werden und endlich stellten sich die Besitzer der Werke sehr gleichgültig, indem sie behaupteten, daß ihnen der Streik nicht schade, daß sie genug Leute hätten u. s. w. Alles neigte aber nichts. In der That war die Firma mit Anträgen überhäuft und bewilligte daher schon vom Anfang an eine Lohnerhöhung von 10 Cents (= 42 J) für alle, welche täglich weniger als 2 Dollars (= 8.40 Mk) verdienen. Schließlich mußte sie sich aber nach 14tägiger Dauer des Streiks dazu entschließen, alle gestellten Forderungen zu bewilligen. Die erzwungene Lohnerhöhung macht durchschnittlich 15 Cents (= 63 J) pro Tag aus.

Den glänzenden Sieg verdanken die dortigen Arbeiter einzig und allein der Energie, Unerbittlichkeit

und Ehrlichkeit der sozialdemokratischen Führer, welche die Arbeiter organisierten und ihnen die Manöver der Kapitalisten und ihrer Handlanger beleuchteten und den „Fakirs“, diesen korrumpirten, käuflichen und verätherischen „Arbeiterführern“, die immer im geheimen Solbe einer der beiden großen Gelbsackparteien stehen und Schuld daran sind, daß in Amerika die sozialdemokratische Partei nicht in die Höhe kommen kann, das Handwerk legten. So bedeutet der Sieg der Metallarbeiter in Allegheny nicht bloß einen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt für sie, sondern auch eine große Errungenschaft der sozialdemokratischen Partei. So sagt darüber die „New-Yorker Volksz.“ „Die Allianz („Sozialist Trade and Labor Alliance“, die sozialistische Gewerkschaftsorganisation im Gegensatz zu derjenigen unter der Führung konservativer und korrumpirter „Fakirs“) hat unsere Genossen von Pittsburg und Allegheny in den Stand gesetzt, nicht nur bei den dreitausend Streikern, sondern auch bei der sympathisch interessirten Arbeiterbevölkerung in einer Weise für den Sozialismus Propaganda zu machen, wie es sonst in Jahren nicht möglich wäre. Mögen die Genossen in anderen Theilen des Landes sich diese Illustration merken und darauf achten, daß sie, sobald sich in ihrem Thätigkeitsbereich eine ähnliche Situation zeigt, dieselbe ebenso ausnutzen.“ Ferner: „Der Aufschwung, welchen der Sozialismus in Folge des Streiks hier genommen hat, ist wunderbar und die Opposition des Mayors und der „Fakirs“ — jener im Dienste der kapitalistischen Parteien stehenden Gewerkschaftsführer — wird nur der Del ins Feuer gießen.“ —

Hier kann man deutlich sehen und studiren, wie die „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ entstehen, wachsen und siegen. Es ist die Harmoniebusellei, der Mangel an Energie, an Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit. Der Verrath an den Arbeitern durch Käuflichkeit zc., die diesen schließlich über die „Fakirs“, die nicht bloß eine Spezialität Amerikas, sondern überall daheim sind, die Augen öffnen und sie in die Arme der Sozialdemokraten treiben. Das ist auch die Naturgeschichte der „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ in Europa.

Auch in anderen Orten haben die Metallarbeiter Verbesserungen erkämpft. So wird aus Chicago gemeldet: Eine Konferenz zwischen sechs Fabrikanten, welche 90 Prozent der Ofenfabriken des Landes repräsentiren, und einem Komitè der Iron Moulders Union führte nach 13stündigen Unterhandlungen zu dem Resultat, daß die Fabrikanten in eine 10prozentige Lohnerhöhung willigten, die sofort in Kraft treten soll. 13,000 Arbeitern kommt diese Lohnerhöhung zu Gute.

Auch in Cleveland erlangten die Arbeiter nach eintägigem Streik eine Lohnerhöhung von 10 Prozent, sowie während der Monate Juni, Juli, August und September die ganztägige Freigabe jedes zweiten Samstags.

In New-York erreichten die Metallarbeiter eine Lohnerhöhung von 5 Prozent. Für die „Hesper“ betrug der Wochenlohn im Jahre 1892 9 Dollars (= 37.80 Mk). Heute beträgt er in Folge der Thätigkeit der Gewerkschaft 10 bis 12 Dollars (42 bis 50.40 Mk).

Es geht also mit der Gewerkschaftsbewegung und mit der Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Metallarbeiter wie der übrigen Arbeiterschaft auch in Amerika in erfreulicher Weise vorwärts.

**Die Zuchthausvorlage auf der Strecke.**

Nach viertägigen Beratungen hat der Reichstag mit überwältigender Mehrheit die Verweisung des anarchistisch-polizeilichen Wechselbalges an eine Kommission gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Nationalliberalen abgelehnt. Diese Ablehnung der Kommissionsberatung bedeutet auch den Fall der Zuchthausvorlage, aber es wäre uns die endgiltige und definitive Verwerfung dieser schandlichen Attentats-Vorlage noch lieber gewesen.

Die dreitägigen Verhandlungen waren zum größten Theile erschütternder Natur; es fand eine gründliche Abrechnung mit der Unternehmer-Regierung, mit dem Stumm- und Zuchthauskurs, mit der deutschen Klassenjustiz im Hinblick auf ihre schamlosen Auswüchse gegen die Arbeiter statt. Aus den so künstlich und gezwungen gemachten Anklagen gegen die Arbeiter wurden Anklagen gegen die Regierung und die Unternehmer und zwar nicht bloß von sozialdemokratischer, sondern auch von bürgerlicher Seite.

Den Charakter einer Haupt-Staatsaktion erhielt die Zuchthausberatung von vornherein durch das Erscheinen des Reichsanwalters Fürsten Hohenlohe und durch die Eröffnung der Beratung mit einer seiner bekanntesten Lügenreden. Der alte Herr ging von der Kritik aus, die die Zuchthausvorlage schon nach ihrer Antändigung und sodann nach ihrer Veröffentlichung erfahren hat und wandte sich besonders gegen die sozialdemokratische Partei, die die Folgen des Gesetzes ihren Interessen für nachtheilig halte und befürchte, daß ihr mächtiger Einfluß auf die Arbeiter dadurch beeinträchtigt werden könnte. Diese Befürchtung sei auch nicht unbegründet. Aber das Koalitionsrecht der



Arbeiter soll nicht im Geringsten beschränkt werden — die Beschränkung ist so alt und durch die Zuchtshausvorlage derart illustriert, daß es mit Recht auf der linken Seite des Reichstages Heiterkeit gab. Das Gesetz sei nun geeignet, fuhr der alte Herr fort, die künstlich geschaffenen Beschränkungen zu zerstreuen und gab schließlich mit unerschütterlichem, trockenem Humor der Hoffnung Ausdruck, daß ein Gesetz zu Stande kommen werde, das die Interessen der Arbeiter zu schützen geeignet sei. Die Rede erwarb sich den Beifall der Rechten.

Dann kam Herr Posadowsky, der Vater des nach ihm benamten und von den Baugewerksmeistern entworfenen Geheimgesetzes. Er hielt eine sehr lange Rede, aber deren Qualität stand nicht im Einklang mit ihrer Quantität. Wie der Reichstagspräsident, so wiederholte auch er, daß das Koalitionsrecht unangetastet bleiben solle. Sodann wiederholte er die Begründung der Zuchtshausvorlage und ihre famose Zugabe, die Denkschrift und wie schon Hohenlohe, bekam er immer deutlicher, daß die Zuchtshausvorlage mit all ihren Verschleierungen nichts anderes ist als ein neues Umsturz- und Sozialistengesetz, ein neues Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, gegen die ganze Arbeiterklasse zu Gunsten der Unternehmerklasse.

Wichtig und vernichtend sprach nach Posadowsky Bebel, der gleich feststellte, daß es sich hier um nichts Anderes als um ein neues Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter handelt. Er führte dann weiter aus, daß über die Zuchtshausvorlage im ganzen deutschen Reich durch die Reihen der Arbeiter ohne Unterschied der politischen und konfessionellen Richtung ein allgemeiner Schrei des Zornes ging, ein Schrei der Enttäuschung und Empörung, wie ich sie in einem langen politischen Leben noch niemals in den Massen gefunden habe. Vom Standpunkte der staatsrechtlich geltenden Regierung aus konnte es daher kein unglücklicheres und ungeschickteres Vorgehen geben als diese Vorlage. Die Ablehnung der Verlesch'schen Vorlage im Jahre 1891 hätte sich die Regierung zu Herzen nehmen sollen, denn sie konnte auch voraussehen, daß dieser Reichstag niemals einer Verhöhnung des § 153 seine Zustimmung geben werde. Was die deutsche Arbeiterschaft fordert und was notwendig, das ist eine Erweiterung des Koalitionsrechts, nicht aber seine vollständige Vernichtung, wie sie diese Vorlage zur Folge haben würde. Er zeigte im weiteren Laufe seiner Rede die Mittel, mit denen die Unternehmer die Arbeiter bekämpfen und verfolgen, mit denen sie ihre eigenen Organisationen, die Ringe und Kartelle, Syndikate etc. erhalten und stärken und wie die Bestrebungen der Arbeiter wahrhaft kulturfördernd sind. In der Zuchtshausvorlage werden die Arbeitwilligen als ruhige Leute und für Staat und Gesellschaft besonders nützliche Elemente dargestellt, deren persönliche, mit den Staatsinteressen zusammenfallende Interessen zu schützen eine wichtige und bringende Aufgabe der Staatsgewalt ist. Mit anderen Worten: der Arbeiter, der als politisches Lebewesen eine Schafsnatur hat, der ist der richtige Idealarbeiter; je dümmere, je anspruchsloser, je billiger der Arbeiter ist, desto mehr entspricht er dem wahren Staatsideal! So brauchen Sie den Arbeiter: rückständig, willig, gefügig allen Anforderungen seines Unternehmers. Wenn Sie glauben, mit einer solchen Arbeiterklasse Ihren Staat auf die Dauer aufrecht erhalten zu können, dann täuschen Sie sich ganz gewaltig. Friedrich der Große soll auf seinem Todtenbette ausgesprochen haben, er sei müde, über Sklaven zu herrschen; die heutigen Regierungen aber wünschen, über Sklaven zu herrschen.

Sodann trat Bebel auf die einzelnen §§ der Vorlage selbst ein, um die bewußten Täuschungen der Vorlage über ihren arbeitserfreundlichen, ausnahmegesetzlichen Charakter nachzuweisen. So werden die schwarzen Listen, auf die wohllos so viele Arbeiter kommen, ausdrücklich gestiftet; wenn aber ein Arbeiterblatt auffordert, Bezug fernzunehmen, so ist das dann Drohung und Berrufserklärung, die bestraft werden muß. Die Koalitionsfreiheit in dieser Vorlage ist ungefähr dieselbe, wie 1849 die Pressfreiheit mit dem Galgen daneben. Die bestehenden Gesetze genügen vollständig gegen alle etwaigen Gefahren, werden doch schon heute die unerhörtesten und ungeheuerlichsten Strafen gegen kämpfende Arbeiter verhängt, während die Unternehmer und neben ihnen auch die sogenannten Arbeitwilligen mit den geringsten Geldstrafen davonkommen. Hierauf zeigte Bebel an zahlreichen Beispielen den Terrorismus der Unternehmer zu Gunsten ihrer Kartelle etc., sowie gegen die Arbeiter, denen z. B. ein Stumm der Besatz einer Wirtschaft verbietet, weil dajelbst eine Maurerversammlung stattgefunden. In Leipzig hat im Augenblick der Verein der Metallindustriellen 178 Arbeiter auf 2 Jahre ausgesperrt, weil in einer einzigen Fabrik ein Streik ausbrach und die Leute nicht vor dem Schutze des Unternehmers zu Kreuze kriegen wollten. Schließlich wurde die unglückliche Denkschrift zerpflückt und dabei mit vollem Rechte hervorgehoben, wie die Gerichte wegen in der Erregung gesprochenen Äußerungen die Arbeiter verurteilen und dabei die in den höheren Gesellschaftsklassen übliche Umgangssprache als Maßstab benutzen. Uebrigens gebrauchen auch Unternehmer Arbeitern gegenüber Ausdrücke, wie Lump, Esel, traugrige Gesellen etc. Bebel kam auch auf die perfide Mißhandlung der „Agitatoren“ in der Denkschrift zu sprechen. Erklärend bemerkte er, wenn ein Arbeiter gemahnt werde und durch die schwarzen Listen gedrückt werde, so wird er selbstverständlich, wenn er sich dazu eignet, an einen Posten in der Arbeiterbewegung gestellt. Das thun auch die übrigen Parteien. Ein solcher Agitator versteht genau so seine Ueberzeugung, wie es Herr v. Wangenheim für den Bund der Landwirthe thut! Bekommt doch jetzt Herr Schweinburg für seine Korrespondenz 15,000 M pro Jahr. Er läßt sie jedenfalls von einem Schreiber machen, dem er höchstens 3000 M zahlt. Einen Sozialdemokraten nennt man dann aber Peyer, wäpen Agitator u. s. w., Ausdrücke, die ein gebildeter Mensch überhaupt nicht gebraucht. Wie denken Sie sich die Wirkung dieses Gesetzes auf die Arbeiter? Etwas so den Massenhaß Erregendes, etwas so die ganze Gesellschaft in ihren untersten Tiefen aufwühlendes hat es noch niemals gegeben. Wird diese oder eine ähnliche Vorlage Gesetz, so gereicht das Deutschland zur Schmach und Schande. (Beifall, langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Am zweiten Tage sprachen für die Vorlage die Konservativen v. Bebekow und der Metallist v. Rendt, dieser als Stellvertreter Stumm's, der einen Unfall erlitt und als Vater des Zuchtshausgesetzes fern von Madrid verweilen mußte. Auch die beiden konservativen Zuchtshausfreunde hielten es für

geboten, vor der Hochhaltung der Koalitionsfreiheit, die sie meinen, ihre Verbeugung zu machen. Ferner gestellte sich zu ihnen der Staatssekretär Lieberding, der die Denkschrift preisgab als nicht zur Zuchtshausvorlage gehörig, sie habe nur ein allgemeines Bild der Arbeiterbewegung bieten wollen. Die vernichtende Kritik dieses für jede Regierung kranke Machwerk hatte also den Rückzug zur Folge. Der Zentrumsführer Dr. Lieber kritisierte scharf die deutsche Partei- und Klassenjustiz gegenüber Arbeitern und Unternehmern, er zog sich sogar wegen der Worte „himmelschreiende Parteilichkeit der Gerichte“ einen Ordnungsruf seitens des Präsidenten zu, er kritisierte den § 153 als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter und kritisierte ebenso scharf die Vorlage selbst, aber er kam leider nicht zu der Erklärung, diese sofort rund und nett abzulehnen, sondern nur zur Ablehnung der Kommissionsberatung. Das Zentrum wollte der Zuchtshausvorlage einen andern Entwurf entgegenstellen, der die Koalitionsfreiheit erst positiv schafft und dann sollte man sehen, wie Mißbräuche zu beseitigen seien. Nun, wir wollen hoffen, daß das nicht ein Ersatz für die Zuchtshausvorlage zusammengebraut wird und wir stützen uns in dieser Meinung auf die Stimmung der katholischen Arbeiter, die in nichts von derjenigen der übrigen Arbeiterschaft unterschieden und die dem Zentrum seine Faltung diktiert.

Recht gut gegen die Vorlage sprachen der Nationalliberale Baffermann, der Freisinnige Benzmann, der „Wilde“ Rösche und der Volksparteiler Hausmann. Sehr wirkungsvoll war die Rede Rösche's, der mit Recht gegen die Regierung die Anklage erhob, daß sie den Kaiser nicht dahin beraten habe, daß seine in der Velefeld'schen Rede niedergelegten Ansichten irrig seien. Hätten die Räte der Krone diese Pflicht erfüllt, so hätte der Kaiser gewiß nicht die zweite Rede in Deinhäusen gehalten, in der das Zuchtshaus angebroht war. Rösche schloß: Im 20. Jahrhundert sind Grundzüge, wie sie die Vorlage vertritt, unmöglich und ich kann nur wünschen, daß dieser Gesetzesentwurf möglichst schnell noch im 19. Jahrhundert begraben wird.

Hausmann sagte am Schlusse seiner Rede sehr zutreffend: Nein, wir brauchen nicht mehr Zuchtshaus, sondern mehr Freiheit, nicht mehr Urtheile, sondern mehr Urtheil!

Der Antisemit Lieberman v. Sonnenberg sprach zwar gegen die Vorlage in dieser Form, aber für Kommissionsberatung, während der Pole Gzarinski sich ohne Umschweife für direkte Ablehnung erklärte. Noch ruffen sich Posadowsky und der preussische Handelsminister Bressler zu einigen Kraftleistungen auf, aber zu imponieren vermochten sie nicht, ja, der letztere zog sich eine ziemlich energische Abfertigung seitens des Präsidenten Graf Wallesström zu.

Am vierten Tage sprach noch von sozialdemokratischer Seite Petze in wirkungsvoller Weise gegen, und von konservativer Jakobskötter dafür, ferner drei Vertreter des Bundesrathes. Es stimmten für die Kommissionsberatung nur die Konservativen, Antisemiten und einige Nationalliberale.

Die Schlacht ist geschlagen und dem Zuchtshauskurs die hundertmal verdiente Niederlage bereitet worden, das Schlimmste, das die Schaufmacher ausgebrütet, ist von der deutschen Arbeiterklasse abgewendet, aber die Kampagne selbst ist durch das Verhalten der Zentrumsparthei nicht sauber abgeschlossen, sondern in Schwelge gehalten worden. Darum heißt es für uns: Fortführung des Kampfes gegen jede Reaktion, bis mit ihr Blig und blank ausgeräumt ist!

### Der Ausstand der Goldschläger in Nürnberg und Schwabach.

Nach siebenwöchentlichem Kampfe ist nun der Ausstand an einem Wendepunkt angelangt. Bevor die Gehilfen und Arbeiterinnen des sogenannten „Goldenen Gewerks“ am 6. Mai in den Ausstand eintraten, hatten sie auf jede Art und Weise versucht, ihre mehr als berechtigten Forderungen ohne Kampf durchzubringen. Und was verlangten denn die Arbeiter Großes? Um endlich mal der höchst ungleichmäßigen Arbeitszeit ein Ende zu machen, um zu verhindern, daß eine kurze Zeit im Jahr vom ersten Gahnenstreich bis tief in die Nacht hinein wie wahnsinnig darauf losgehämmert würde, während die übrige Zeit die Arbeiter entweder müßig gehen konnten oder mit sehr reduzierter Arbeitszeit hito Bohu zufrieden sein mußten, verlangten sie den Achtstundentag. Auch in hygienischer Hinsicht war diese Forderung voll und ganz berechtigt. Etwas der ungesundesten Gewerbe ist bekanntlich das Goldschlägergewerbe. In engen, dumpfen Räumen, bei glühendem Ofen eingepfercht, die Luft von den höchst schädlichen Staubpartikeln und Abfällen des Metalls geschwängert, pilgen die meisten Arbeiter in der Blüthe der Jahre an der Proletariatskrankheit dahinzuziehen. — Eine 10prozentige Lohnerhöhung für sämtliche im Gewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen war die zweite Forderung, die sich folgerichtig der ersten anschließen mußte, wenn sich die Arbeiter nicht selbst schädigen wollten. Das höchste Ersuchen der Lohnkommission um Unterhandlung erfuhr von Seiten der Unternehmer eine drüsste Ablehnung. Die Arbeiter sahen sich gezwungen, gegen einzelne Werkstätten vorzugehen.

Die Antwort der Unternehmer war eine Aussperrung auf der ganzen Linie. Von den Schaufmachern war den Kleinprinzipalen weisgemacht worden, in höchstens 14 Tagen sei die Kasse der Aussperrten gesprengt, und so hatten sich die Kräfte verfahren lassen, sich durch eine hohe Konventionalsstrafe an die Beschlüsse der Unternehmervereinigung zu binden, d. h. die Werkstätten nicht früher zu öffnen, bis die Schaufmacher es gnädigst erlaubten. Aber o weh! Der Ausstand dauerte drei, vier Wochen, und die Arbeiter wollten immer noch nicht zu Kreuze kriechen. Das Wasser ging den Kleinprinzipalen bis an den Mund. Sie verlangten, mit den Arbeitern verhandeln zu dürfen. Die kapitalkräftigen Unternehmer, die wie stets im Unternehmerverbande die Macht in Händen haben, verboten es. „Und wenn der Streik noch sechs Wochen dauert, die Kleinprinzipale müssen alle herr—!“, hatte seiner Zeit ein progiver Großunternehmer gesagt, und darnach handelten sie. Den Kleinmeistern wurde die Sache doch zu dümm. Sie drohten, die Werkstätten zu öffnen, wenn ihnen nicht ausreichende Unterstützung von den Kapitalisten zu Theil werde. Die Großen lachten und gaben den

Krautern 35 M wöchentlich. Die sollen die armen Teufel nach Beendigung des Streiks wieder zurückzahlen. Man hatten die Herren die kleinen Krauter ganz und gar in der Gewalt. Aber es vergingen wieder Tage und Wochen; einzig und geschloffen bis zum letzten Mann fanden die Arbeiter noch immer. Aussperrt waren 992 Arbeiter und Arbeiterinnen mit 358 Kindern. Dem Goldarbeiter-Verbande gehören 425 Arbeiter, 200 männliche und 225 weibliche mit 185 Kindern an. Im Metallarbeiter-Verbande sind 667 Arbeiter, 211 männliche und 356 weibliche mit 178 Kindern organisiert. Von diesen arbeiten 122 männliche und 282 weibliche Arbeiter mit 90 Kindern in Schwabach.

Das Nürnberger Arbeitersekretariat erbot sich, vermittelnd einzugreifen. Die Unternehmer hielten es für ein Zeichen der Schwäche seitens der Arbeiter und lehrten bei der am 15. Juni stattgefundenen Verhandlung den Proben hervor. Sie hatten sich gewaltig getäuelt, die Arbeiter standen fest. Da begann es doch den Herren unheimlich zu werden. Gar nichts hatten sie bewilligen wollen, aber drei Tage darauf schickten sie der Lohnkommission ein Schreiben zu des Inhalts, daß sie die neu und ändige Arbeitszeit, aber ohne Lohnerhöhung bewilligen wollten. Nur die Beschneiderinnen sollten pro Buch 3 J mehr erhalten. Und noch ein wunderschönes Geschenk wollten die menschenfreundlichen Herren den Arbeitern machen. Durch ihr Verbotigen theilten sie der staunenden Welt mit, daß sie eine Unterstüßungskasse für die Arbeiter gründen wollten. Daß diese unter der unregelmäßigen Arbeitszeit schwer zu leiden hatten, das ließ sich nicht gut ableugnen. Auch daß der Preis des Produkts eine Höhe erreicht hat, daß sie bei einigermaßen gutem Willen die Forderungen der Arbeiter ohne Beeinträchtigung ihres Profits voll und ganz bewilligen konnten, war bekannt geworden. Nun mußte man doch etwas thun, um den Kapitalistern Sand in die Augen zu streuen und leichtgläubige Arbeiter zu ködern.

Als eine Unterstüßungskasse zu Gunsten der Arbeiter sollte gegründet werden. Jeder Unternehmer sollte von jedem fertig gestellten Buch 50 J in diese Kasse zahlen. Bei schlechtem Geschäftsgange sollten die Arbeiter aus dieser Kasse unterstützt werden. Eine famose Idee. Als in der ersten Versammlung der Ausständigen diese Bedingungen der Herren bekannt gemacht wurden, war ein homerisches Gelächter die Antwort der Arbeiter. Die trotzdem vorgenommene geheime Abstimmung ergab, daß von all den Hunderten nur vier Mann für Aufnahme der Arbeit waren, — und bei diesen vier lag noch ein Mißverständnis vor, wie sich später herausgestellt hatte.

Am Montag, 26. Juni, wollen die Unternehmer ihre Werkstätten den Arbeitwilligen öffnen. Die Krauter werden Augen machen. In einer am Donnerstag, den 22. Juni stattgefundenen Versammlung der Ausständigen referirte Genosse Segis über die Lage des Ausstandes. Er betonte, daß die Arbeiter den Sieg voll und ganz erringen würden, wenn sie noch acht bis vierzehn Tage so tapfer aushalten würden wie bisher. Unter den bisherigen Jugenständen wäre es den Ausständigen unmöglich, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Unterstüßungskasse, falls sie wirklich von den Unternehmern ernstlich geplant würde, könnte nur den Zweck verfolgen, die Organisation der Arbeiter zu sprengen. Ueber die Verwendung der Gelder fehle den Arbeitern jede Kontrolle. Es würden deshalb nur die Günstlinge der Herren unterstützt werden, die organisierten Kollegen aber leer ausgehen. So würden Arbeiter 1. und 2. Klasse geprägt und Uneinigkeit unter den Arbeitern hervorgerufen. — Die Beschneiderinnen erklärten sich in schärfster Weise gegen das ihnen zugebotene 3 J-Geschenk. „Wer gibt den Unternehmern das Recht, uns für 3 J zu Streikbrechern stempeln zu wollen? Wer gibt den Herren das Recht, uns für so schmutzig zu halten, daß wir, die wir unseren Kollegen noch wie in den Rücken gefallen sind, für 3 J zu Verräthern erklärt werden könnten? Für 3 J sind wir nicht zu haben“, erklärte eine Arbeiterin unter lautem Beifall ihrer Kolleginnen.

Mögen die Herren am Montag ruhig ihre Buden öffnen, mögen sie ruhig die Kessel heizen. Nicht eher werden die Arbeiter die Arbeit aufnehmen, bis ihre Forderungen bewilligt sind.

Schwabach, den 23. Juni. Es ist nunmehr die siebente Woche, daß sich die Feingoldschläger von hier und Nürnberg im Streik befinden; im Ganzen sind 1000 Personen betheilig. Die Forderungen der Streikenden sind: Einführung der Achtstündigen Arbeitszeit und dementsprechende Lohnerhöhung. Daß die Forderung auf Einführung der Achtstündigen Arbeitszeit in keinem Gewerbe so leicht durchführbar ist, wenn nur der gute Wille der Herren Unternehmer vorhanden wäre, beweist der Umstand, daß der Goldschläger im Durchschnitt das Jahr überhaupt nicht länger als 48 Stunden arbeitet, ja in einzelnen Geschäften werden nicht einmal 48 Stunden gearbeitet, dort ist die Arbeitszeit noch viel geringer. Schon seit länger denn einem Jahr knappen die Meister an den Löhnen der Arbeiter herum. Die Preise für das Produkt wurden durch eine beispiellose Konkurrenz, die sich die Meister untereinander selbst machten, kolossal heruntergedrückt. Die Folge davon war, daß man billigeres, aber auch schlechteres Werkzeug kaufte und den Arbeitern aufhällte. Aber nicht das allein, auch das Rohprodukt Gold wurde verschlechtert; wenn der Arbeiter früher wirklich Gold zum Verarbeiten erhielt, so ist dieses seit einem Jahr ganz anders, man erhält zum Verarbeiten nur noch Kupfer und Silber mit Gold legirt; es ist nicht mehr Gold, das man verarbeiten muß, sondern Messing. Und dabei wurde die Anforderung an die Arbeiter in Bezug auf das Dünnschlagen immer größer. Auch die Beschneiderinnen wurden durch das schlechte Rohprodukt und das schlechte Werkzeug einerseits und durch die bedeutendere Dicke des Mattes andererseits viel mehr angestrengt. Aber das Verhältnis unter den Arbeitern selbst wurde durch diese Dinge ein immerer unzufriedeneres, die Leute kamen die ganze Woche aus Streit und Aerger miteinander gar nicht heraus, und doch hatte nur der Unternehmer die Schuld durch die Verabreichung schlechten Materials.

Daß durch diese Verhältnisse die Lage der Branche immer zugespitzter wurde, ist klar. Die Bevollmächtigten der Sectionen in Nürnberg und Schwabach hielten nun im vergangenen Jahre eine gemeinsame Sitzung ab, um die Lage der Branche zu besprechen. Es wurde beschloffen, einen allgemeinen Schlägerkongreß abzuhalten. Vom Vorstand unseres Verbandes wurden wir aufmerksam gemacht, daß bei



Abhaltung eines solchen Kongresses viel Zeit erspart wird, wenn man zuvor statistische Erhebungen über Lage und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Orten vornimmt, da man dann auf Grund der gemachten Erfahrungen besser arbeiten kann.

Diese Antwort, die an Inhalt und Ton ihresgleichen nicht wieder aufweist, brachte eine Aufregung in die auf der Goldschlägerbranche beschäftigten Personen, wie sie nicht leicht noch vorgekommen war.

Am 10. Juni wurde vom Gen. Segitz an die Genossenschaft geschrieben, ob die Herren geneigt wären, eine Abordnung der Arbeiter zu empfangen, um Verhandlungen anzubahnen.

Am 10. Juni wurde vom Gen. Segitz an die Genossenschaft geschrieben, ob die Herren geneigt wären, eine Abordnung der Arbeiter zu empfangen, um Verhandlungen anzubahnen.

Der Ausstand in Torgelow.

Zur Aufklärung über den Stand unseres Streiks die nachstehenden Angaben: Im Ausstand sind zur Zeit 369 Kollegen. Davon sind eigentlich Streikende 107. Der Rest von 262 Mann ist zum Theil von den Unternehmern ausbezahlt.

Die Polizei geht hier überall auch in dem Dienst des Unternehmertums. Am Freitag wurden die Streikposten belästigt von den Polizeibeamten, obwohl keiner derselben irgendwie Jemandem hinderlich gewesen wäre.

Welcher gesetzkundige Vorgesetzte mag dem Mann seine Instruktion erteilt haben? Oder ist die Buchhaltungsanlage trotz der erbarmswürdigen Verzweiflung, die sie im Reichstage erfahren hat, in Torgelow doch schon Gesetz geworden?

Mittheilungen aus der Metall-Industrie.

Der Eisenverbrauch in Deutschland (inkl. Luxemburg) ist im Laufe der letzten 4 Jahrzehnte riesig gestiegen. Noch mehr nahm aber, nach einer vom Verein der Deutschen Eisen- und Stahlindustriellen aufgenommenen Statistik die Eisenproduktion bei und zu.

Table with 3 columns: Year, Domestic consumption per head, Own production per head. Rows for years 1861-64, 1871, 1876, 1882, 1888, 1893, 1898.

Aus dem Deutschland der 60er Jahre, das auf die ausländische Eisenindustrie angewiesen war, ist ein Land mit starkem Ueberschuß an Eigenproduktion geworden.

Ueber die großartige Entwicklung der deutschen Maschinenfabrikation gibt u. A. der Bericht der Lokomotivfabrik Henschel u. Sohn in Kassel interessante Auskunft.

Die Aluminiumerzeugung nimmt trotz der technischen Schwierigkeiten ziemlich raschen Fortgang. Bisher 6000 Tonnen haben die Hauptwerke für Aluminium in England, Nordamerika, Schweiz und Frankreich hergestellt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Im Laufe dieser sowie der vorigen Woche sind den Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten die neuen Statuten zugegangen und eruchen wir diejenigen, die diese Sendung nicht erhalten haben, zu reklamieren.

Die Zahl der Statuten ist so bemessen, daß jedem Mitglied ein Exemplar ausgehändigt und den bei den Verwaltungsstellen und Bevollmächtigten noch vorhandenen Mitgliedsbüchern bei Ausfertigung ein neues Statut beigelegt werden kann.

So nun machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem 1. Juli d. J. das neue Statut mit Ausnahme der §§ 5, 6, 7 u. 8 in der von der Generalversammlung beschlossenen Fassung in Kraft tritt.

Dagegen kommen die das Mitglieds- und die Unterzeichnung der Mitglieder in Nothfällen nach § 26 regelnden §§ 5 u. 6 des bisherigen Statuts bis zum 30. Juni 1900 unverändert zur Anwendung, alsdann treten die nach dem neuen Statut beschlossenen Änderungen in Kraft.

Im nachstehenden geben wir die mit dem 1. Juli d. J. in Kraft tretenden wesentlich veränderten Bestimmungen bekannt und eruchen die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten um genaue Einhaltung des Statuts. Die Veränderungen sind durch Zeitdruck hervorgehoben.

§ 2 d.

a) freien Rechtschutz in gewerblichen Streitigkeiten, in solchen, in welche die Mitglieder in Folge ihrer Berufstätigkeit verwickelt werden, sowie in solchen, die sich aus Ansprüchen der Mitglieder auf Grund der Versicherungsgesetzgebung ergeben.

§ 4.

Das Beitrittsgeld beträgt für männliche Mitglieder 30, für weibliche 20, der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder 30, für weibliche 10.

Die Beiträge werden durch in das Mitgliedsbuch zu liegende Karten quittirt.

Zur Zeichnung außerordentlicher örtlicher Ausgaben kann jede Verwaltungsstelle mit Genehmigung des Vorstandes Extrabeiträge erheben.

§ 16 Abs. 2.

Die örtliche Verwaltung wird geführt von fünf Mitgliedern, die von dem Vorstand ernannt werden. Zu diesem Zweck haben die Mitglieder der örtlichen Verwaltungsstellen dem Vorstand entsprechende Personen in Vorschlag zu bringen.

und durch einen zweiten Kassierer verstärkt werden. Die Gesamt-Ortsverwaltung ist für die Verbandsgelder persönlich haftbar, soweit ihr Kenntniß der nicht im Verbandsinteresse verwendeten Gelder nachgewiesen werden kann.

Die Verwaltungsstellen können von den eingegangenen Beiträgen 4 Prop. zur Entschädigung der Ortsverwaltung für ihre Tätigkeit und 16 Prop. für sonstige örtliche Zwecke verwenden. Die Gesamtaufwendungen für die Entschädigung der Ortsverwaltung und sonstige örtliche Zwecke dürfen 20 Prop. der Beiträge nicht übersteigen.

Die Agitationskommissionen resp. Bezirks-Frauenleute sind berechtigt, in den ihnen unterstellten Verwaltungsstellen mindestens alle Jahre einmal eine Revision vorzunehmen.

§ 17 Abs. 3.

Als Grundlage zur Berechnung der Mitgliederzahl gelten die Abrechnungen der ersten drei Quartale des abgelaufenen Rechnungsjahres und ist hierbei eine Durchschnittsleistung von 10 Beiträgen pro Mitglied und Quartal festgelegt.

§ 23.

Arbeitseinstellungen von Verbandsmitgliedern können mit Ausnahme der vom Vorstand zur selbstständigen Entscheidung ermächtigten Verwaltungsstellen von über 3000 Mitgliedern, wo die Entscheidung der Ortsverwaltung zusteht, nur mit Genehmigung des Vorstandes erfolgen.

Der Vorstand ist verpflichtet, bei Ausständen von größerer Tragweite eines seiner Mitglieder bezu. einen Bevollmächtigten in das Ausstandsgebiet zu entsenden, um genaue Information an Ort und Stelle zu erlangen.

Das Recht auf Unterstützung bei Ausständen haben Verbandsmitglieder nur dann, wenn sie 26 Wochen dem Verband angehören und für diese Zeit ihre Beiträge bezahlt haben. In außergewöhnlichen Fällen ist der Vorstand berechtigt, Unterstützung auch an solche Mitglieder zu gewähren, welche nur 13 Wochen dem Verbands angehören und 13 Wochenbeiträge geleistet haben.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt gegen schriftliche Empfangsbescheinigung.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß an einzelnen Orten Vorbereitungen zu Lohnbewegungen getroffen oder die Arbeit niedergelegt wurde, ohne daß dem Vorstand hiervon Anzeige erstattet und dessen Beschluß abgewartet worden ist.

Die Nichtbeachtung der statutarischen Vorschriften hat die Ablehnung jedweder Unterstützung für Angriffs- und Abwehrstreiks zu Folge.

Bezüglich der Veröffentlichung verlorener Mitgliedsbücher geben wir bekannt, daß in den seltensten Fällen das Anhalten ausgeschriebener Bücher erfolgt, weshalb wir in Zukunft von den Veröffentlichungen Abstand nehmen.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

- auf Antrag der Ortsverwaltung der Flaschnersektion in Nürnberg;
der Flaschner August Dörr, geb. zu Nürnberg am 7. Juli 1862, Buch-Nr. 288697, wegen unkollegialen Benehmen;
auf Antrag der Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle in Hainholz;
der Schlosser Wilhelm Lüneburg, geb. zu Schneideburg am 18. Januar 1879, Buch-Nr. 168816, wegen Unterdrückung von Verbandsgeldern;
auf Antrag der Verwaltungsstelle Eßlingen;
der Schlosser Karl Schöck, geb. zu Sulzries am 30. März 1881, Buch-Nr. ?, wegen Markendiebstahls;
auf Antrag der Verwaltungsstelle in Birnbach;
der Metallbrücker Anton Öttinger, geb. zu Neuburg a. D. am 16. März, Buch-Nr. 248005, wegen Verleumdung;
auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schnigling-Doos;
der Former Christian Kugler, geb. zu Unterlohen am 25. August 1865, Buch-Nr. 30806, wegen Streikbruchs;
auf Antrag des Bevollmächtigten der Einzelmitglieder in Chemnitz;
der Gelbgießer Michael Mahler, geb. zu Wien am 12. August 1856, Buch-Nr. 277556, wegen verschiedener Schwindelacten.

Des Weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß über die in den Verwaltungen noch vorhandenen Quittungsmarken 1, 20 u. 5 J. möglichst umgehend, spätestens aber bis zum 1. Oktober d. J. abzurechnen und das vereinnahmte Geld, sowie etwaige unverkaufte Quittungsmarken 1 und 5 J., an den Hauptkassierer einzusenden ist.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind mit an Theodor Werner, Stuttgart, Redarstraße 160/1, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand.



# Korrespondenzen

## Formen.

**Forst (N.-L.), 19. Juni.** Am 8. Mai stellten die Formen der Eisengießerei Emil Schmidt dem Chef die Bedingung, Becker'sche Arbeit (Leipzig) nicht mehr zu machen, die auch nach einigen Hin- und Herreden erfüllt wurde. Dadurch wurde die Arbeit verringert. Trotzdem stellte Herr Schmidt jeden fremden Formen ein und probierte jeden auf Leipziger Arbeit. Die Verhältnisse hatten sich in Folge dessen so zugegeben, daß jeden Tag der Streik zu erwarten war. Am 16. Mai traf Kollege Blath (Berlin) ein, unterhandelte mit Herrn Schmidt, und dieser gab die Zustimmung, keine Becker'sche Arbeit, aber Arbeit für Friedrichshäuser und für Trübsmeier (Leipzig) zu machen. In vergangener Woche hatte Herr Schmidt sein gegebenes Wort gebrochen. Über den Schmidt'schen Formern fehlt das Rückgrat, diesen Gevästen einen Damm entgegen zu setzen. Organisations-Verhältnis: 8 im Zentral-Verein, 2 im Metallarbeiter-Verband, 1—2 unorganisiert.

**Leipzig.** Es wird uns von verschiedenen Seiten die glaubhafte Mitteilung gemacht, daß von Auswärts viel Guf nach Leipzig kommt, also, daß viel Leipziger Arbeit Auswärts gemacht wird; so zum Beispiel liegen Meldungen vor von Gera (Christian Kühn), Döhlen bei Dresden (Sächsische Gußstahl-Fabrik), Wittigsthal bei Johannegeorgenstadt (Meißler u. Breitfeld), Schönheider Hammer (Ebler von Duerfurth), Dessau (Green u. Co.), Budau bei Magdeburg (Gruson u. Krupp), Schwelm i. Westf. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, dem unterzeichneten Komitee Mitteilung zu machen, wenn Modelle aus Leipzig ankommen.

Das Streikkomitee der Formen Leipzig  
 J. A.: W. Pfäfler, „Pantheon“, Dresdenerstraße 20.

**Leipzig.** Eine stark besuchte Versammlung der ausständigen Formen fand am 20. Juni Nachmittag im Pantheon statt. Der Einberufer Pfäfler ermahnte ersichtlich die Versammelten, sich keinerlei Ausschreitungen schuldig zu machen, sondern ruhig und ernst den Kampf durchzuführen. Redner erstattete dann Bericht über den Stand der Bewegung. Das Bild sei noch nicht vollständig, weil eine endgiltige Zusammenstellung noch nicht möglich ist. Das Resultat nach den einzelnen Firmen sei folgendes. Es sind bei

Zweinaundorf	22	"	"	—	"	"
Hermann-Stötterich	67	"	"	7	"	"
Krause-Leipzig	14	"	"	26	"	"
Mansfeld-Neudritz	23	"	"	2	"	"
Göh & Westmann	8	"	"	11	"	"
Reibel-Connwitz	17	"	"	—	"	"
Mosenthin-Entritzsch	1	"	"	?	"	"
Hirzel-Plagwitz	16	"	"	4	"	"
Wügge	20	"	"	4	"	"
Swiederski	20	"	"	2	"	"
Ludwig	13	"	"	3	"	"
Sad	61	"	"	—	"	"
Meier & Weichelt	117	"	"	10	"	"
Frederking	13	"	"	1	"	"
Jahn	47	"	"	6	"	"

außerdem 20 Kernmacher ausständig, Schön & Sohn noch kein Resultat, Wiedemann (noch vom Mai ausständig), Fränkel (hat die Hauptforderungen bewilligt, wegen anderen Forderungen wird unterhandelt),

Becker 61 Formen ausständig, 1 stehen geblieben, Magnus ist der eine Mann stehen geblieben, Hirzel-Marxstadt 5 Formen ausständig, 4 stehen geblieben. Im ganzen haben 540 Formen die Arbeit niedergelegt und 90 Formen arbeiten weiter. Zu letzteren ist zu bemerken, daß es theils alte Leute sind, theils Formen, die noch nicht gegossen haben. Bei Mosenthin hat der Direktor die Leute zusammenberufen und ihnen Angaben über den Stand der Bewegung in seinem Sinne gegeben. Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß die Leute sich noch anschließen werden. Mit den 240—250 abgereiften Formern kann die Zahl der Streikenden auf 800 beziffert werden. Das Resultat sei gegenüber den 90 Stehengebliebenen ein sehr glänzendes. Redner beantragte, eine Streikkommission von drei Mann zu wählen, die nimmehr den einzelnen Unternehmern die Forderungen zuzustellen und zu erklären hat, daß das Komitee jederzeit zu Unterhandlungen bereit sei. Die Verhandlungen dürfen nicht von den einzelnen Streikenden, sondern nur vom Komitee geführt werden. In die Streikkommission wurden gewählt: Pfäfler, Scharfsmid und Deichmüller.

## Klempner.

**Görlitz.** Zugang von Klempnern nach Görlitz ist fernzuhalten.

**Schalke.** Im Organ des Gewerkschafts der Klempner und Metallarbeiter (Hirsch-Dunder) vom 26. Mai ist im Generalrats-Sitzungsbericht folgendes enthalten: „Der Verein Schälke machte Mitteilung über die Schritte, die er unternommen, um in einigen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen. Das Vorgehen des Vereins ist von Erfolg gewesen; die ziemlich elfstündige Arbeitszeit ist auf zehn Stunden ohne Maßregelung herabgesetzt, wovon der Generalrat mit Befriedigung Kenntnis nimmt.“ — Die Unverschämtheit, derartige Behauptungen aufzustellen, hätte man selbst den Hirsch-Dunder'schen hier nicht zugetraut, die eigenen Mitglieder dieses Vereins haben nur ein Kopfschütteln dafür. Wägen doch die Herren, besonders der Vorsitzende des Vereins, sich erst mal reinigen von den schweren Beschuldigungen, die am 28. Mai in öffentlicher Versammlung gegen ihn erhoben wurden. Derselbe war zwar mit mehreren seiner Genossen dort anwesend und hat auch nach wiederholter Aufforderung von unserer Seite das Wort ergriffen, war aber nicht im Stande, sich rechtfertigen zu können. Mit den Worten: „Für Gemahregelte einzutreten, könnt ihr von Hirsch-Dunder'schen nicht verlangen“ — verließ er die Bühne. Doch ich muß etwas weiter zurückgreifen, damit die Sache verständlich ist. Die hiesige Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes war

vor längerer Zeit eingegangen, hauptsächlich wegen Vorkommnissen. Nachdem sich nun wieder eine Anzahl organisierter Kollegen zusammengefunden hatten, wurde am 18. März c. in einer öffentlichen Versammlung bei Seining in Schalke die Verwaltungsstelle Hirsch-Dunder'schale neu gegründet. Nun hat es der Zufall gewollt, daß die 5 Kollegen, die für die Ortsverwaltung vorgeschlagen wurden, alle bei der Firma Küppersbusch u. Söhne, N.-L., in Arbeit standen. Trotz aller Schwierigkeiten ist es uns doch gelungen, mehrere öffentliche Versammlungen abhalten zu können, in welchen immer als schmerzhaftester Uebelstand die übermäßig lange Arbeitszeit hier am Orte kritisiert wurde. Daß wir uns der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei und der Unternehmern zu erfreuen hatten, brauche ich wohl nicht zu verweilen. Unsere Mitgliederzahl betrug schon über 60. Da kamen am 23. April 5 Meister der Firma Küppersbusch in unsere öffentliche Versammlung, wo Kollege Wallbrecht über die Notwendigkeit der Organisation, über die Mißstände in der Metallindustrie im Allgemeinen und besonders über die zu lange Arbeitszeit referierte. Die Herren Meister haben am anderen Morgen Bericht erstattet, ob der Wahrheit gemäß, bezweifle ich, es wird vielmehr allgemein angenommen, daß sie manches hinzugefügt und manches verdrängt haben. Dabei ist es doch sogar fertig gebracht, dem Herrn Küppersbusch glauben zu machen, die Arbeiter wollten streiken, woran kein Mensch gedacht hat. Darauf verging eine Woche und es blieb alles ruhig, daß aber gegen uns etwas im Werke war, hat man deutlich gespürt. Am 1. Mai wurde der Kollege D., Kassier unserer Zentrale gekündigt; „Grund“: Arbeitsmangel. D. wollte daran nicht glauben und ging zu Herrn Küppersbusch, um den wirklichen Grund zu erfahren, wo ihm denn auch mitgeteilt wurde: „Ich will mit der unzufriedenen Elemente vom Halse schaffen, ich will keine Aufwiegler in der Fabrik haben.“ Mit Bezug auf unsere letzte Versammlung wurde gesagt, daß die Firma beschließen hätte, zum 1. Juni die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabzusetzen. Am 5. Mai wurde 2 Redatoren gekündigt und am 6. der Bevollmächtigte H. sofort entlassen; der Lohn für 14 Tage wurde ihm ausbezahlt. An diesem Tage wurde der technische Leiter Herr E. Küppersbusch Morgens früh von einem Meister zur Fabrik gerufen unter dem Vorwande, es wäre eine Bewegung in der Fabrik, die Arbeiter wollten streiken. Darauf sind dann zunächst 3 Meister, die auch im Ausschusse des Hirsch-Dunder'schen Ortsvereins sind, ins Kontor gerufen worden nebst dem Vorsitzenden des Ortsvereins, der noch nicht wegst ist. Letzterer hat den Herrn sein Statut vorgezeigt, vielleicht noch besonders auf den famosen Steuers hingewiesen und darauf in der Werkstatt wichtig gethan mit folgenden Worten: „Der Herr K. hat zu mir gesagt, agitieren sie nur tüchtig, ich wollte, daß alle meine Arbeiter Mitglieder Eueres Vereins wären, vor Euch sind wir nicht bange.“ Eine halbe Stunde später flog Kollege H. hinaus. Am 8. Juni wurde wieder ein Mitglied des V. M. A. -V. gekündigt, den Grund anzugeben weigerte man sich. Am 1. Juni ist in den Werksfabriken der Firma E. Küppersbusch u. Sohn, N.-L. und in der Fabrik für Eisentraktion Witz u. Co. die Arbeitszeit auf 10 Stunden herabgesetzt worden; daran sind aber die Hirsch-Dunder'schen nicht schuld, die würden auch noch 13 Stunden schaffen. Vier organisierte Arbeiter sind gemindert worden und noch einer gekündigt, dazu ihr Theil beigetragen zu haben, wurde den Hirsch-Dunder'schen öffentlich vorgeworfen, und da erdreistet man sich noch zu behaupten: „Es ist uns gelungen, den 10-Studenten zu erringen ohne Maßregelung.“ Vielleicht soll das bloß heißen: es sind keine Hirsch-Dunder'schen gemindert worden. Aber ist denn das überhaupt zu befürchten bei der schönen Harmonie? Unter dem Protektorate der Unternehmer, unter Leitung der Fabrikbeamten im Ausschusse hängt man mit dem Vorkommnisse, „Unterstützungswesen“ die indifferenteren rückständigen Massen, die hier aus allen Landesteilen zusammenströmen. Diese Leute wissen oft nach jahrelanger Mitgliedschaft noch nicht, daß der Gewerksverein überhaupt noch einen anderen Zweck haben soll, als dieses Unterstützungsweesen. Ständen uns größere Lokale zur Verfügung, so würden auch diese Massen bald zu uns gehören, so lange das aber nicht der Fall ist, müssen wir uns hauptsächlich an die intelligenteren, denkenden Arbeiter wenden mit der Aufforderung: Pincin in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

## Metall-Arbeiter.

**Crinnitschau.** Die Streikenden der Firma Kettling und Braun sind jetzt außer zwei Mann alle untergebracht und haben wir dadurch den Herren bewiesen, daß wir auch ohne sie leben können. Wenn die Firma auch jetzt gesteht hat, wir sind mit Ehren unterlegen, da kein Streikender wieder in die Fabrik zurückgekehrt ist. Die Herren werden aber ausrufen können: „Nach ein solcher Sieg und wir sind verloren!“ Vorläufig ist deshalb noch Zugang fernzuhalten, da über die Fabrik noch die Sperre besteht. Allen Metallarbeitern aber rufen wir zu: Organisiert Euch! Helft uns bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, denn Jeder ist sich das selbst und seiner Familie schuldig.

**Lüneburg.** Am Montag, den 12. Juni fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Kollege Behre Hannover sprach über die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter in Lüneburg. Der Referent weist zahlenmäßig nach, wie die Unternehmer es verstanden haben, die Preise für Puddeleisen, Gießerei-Hoheisen, schweren Maschinenzug u. s. w. bedeutend zu erhöhen. Aber an eine Erhöhung der Arbeitslöhne hätte noch kein Unternehmer gedacht. Löhne für gelehrte Arbeiter von 20 J die Stunde seien nichts seltenes, langjährige Schlosser, Dreher u. s. w. erhalten pro Stunde 25, 26 J. Daß ein solcher Lohn zum anständigen Leben nicht ausreichte, müsse einem jeden denkenden Menschen einleuchten. Auch die Arbeitszeit ist in Lüneburg noch recht lang, in den meisten Buden wird noch 11 Stunden gearbeitet, auf dem Eisenwerk wird meistens bis 8 und 9 Uhr Abends gearbeitet, was zur vollständigen Herabdrückung der Arbeiter führen muß. Die Behandlung läßt überall zu wünschen übrig, Ventilationen, Schutzvorrichtungen seien hier noch penäliche Dörfer. Mit einem Wort, die Lage der Metallarbeiter Lüneburg's sei eine traurige. Schuld an den Mißständen trage, daß sich die Mehrzahl der Metallarbeiter Lüneburgs nicht um die Organisation kümmern. Der deutliche Metallarbeiterverband habe durch seine Leistungen

bewiesen, daß er es ernst meine mit der Verbesserung der Lebenslage der Metallarbeiter. Wären die Metallarbeiter besser organisiert, der Erfolg ihrer Kämpfe und die Verbesserung ihrer Lage wäre überall leichter gewesen. Was wir unter anständigen Arbeitslöhnen verstehen, meinte Redner, werde ich Ihnen kurz erklären. Der Arbeitslohn soll der Familie erlauben: eine Wohnung von mehreren Zimmern und von gesunder und heller Beschaffenheit, eine gute und genügende Ernährung, ausreichende Heizung und Beleuchtung, genügende und gesunde Kleidung und Wäsche, Abonnement auf eine gesunde Zeitung (nicht Schundromane), Teilnahme an edlen Vergnügungen wie Theater, Konzerte, Ausflüge u. s. m., Mitglied zu sein einer Krankenkasse sowie einer gewerkschaftlichen und politischen Organisation. Diese edlen Bestrebungen sollte das Unternehmertum und die Regierung unterstützen, anstatt mit Reaktion und Zuchtengesetz zu drohen. Nur durch festes Zusammenstehen in den Organisationen sei es möglich, auch für Lüneburg bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

**Oberhausen (Hild.).** In den hiesigen Verhältnissen ist schon lange Vieles faul. Allein die Metallarbeiter schlafen ruhig weiter. Von annähernd 1500 Metallarbeitern, die hier arbeiten, sind im Verband, sage und schreibe, 25 Mann, im Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein 10 Mann. Und doch thut Verbesserung noch. Da ist die Firma Selterbeck, Eisen- und Stahlwerke. Dieselbe sucht fortwährend Formen, und wenn sie welche bekommt, sind sie in 14 Tagen schon wieder fort. B. J. aus Dortmund hat daselbst gearbeitet. Als er bei der Firma anfragte, war das Erste: „Sind Sie bei einer Organisation?“ Auf die verneinende Antwort hieß es, er könnte anfragen. Darauf wurde er mit einem Logis-Garantieschein versehen, aber ohne Stempel und Namenszug von der Firma. Der Formen arbeitete fleißig darauf los, so daß der Meister sagte, wenn er so weiter arbeite, so habe er eine gute Rechnung, wobei er ihm mittheilte, was es für die Brocken gibt. Aber leider korrigierte der Chef den Preis, so daß der Formen nicht sein Logis bezahlen konnte. — Auch in der Schleiferei von Gerhard Ter Linden, N.-L., Stahl- und Herdfabrik, ist eine Lohnreduktion eingetreten; durch einen Vorgezeiten wurde ein neuer Lohnzettel angeschlagen. Der alte lautet: Polirter Beschlag 1 1/2, Rauher ordinärer Nr. 4 Beschlag 1 1/2, Rauher ordinärer Nr. 0 Beschlag 3 1/2. Der neue lautet: Polirter Beschlag 6 1/2, Rauher ordinärer Beschlag Nr. 4 2 1/2, Rauher ordinärer Beschlag Nr. 0 2 1/2. — Wir ersuchen den Zugang fernzuhalten!

**Plauen i. V.** Die hiesigen Kollegen haben ein sehr geringes Interesse an der gewerkschaftlichen Organisation, trotzdem sie es sehr bedürftig sind, daß ihre Lage verbessert wird, denn weder die Löhne noch die Arbeitszeit sind befriedigend. In der Bogtand'schen Maschinenfabrik ist die Akkordarbeit eingeführt, für die nicht viel bezahlt wird wobei obendrein noch Reduzierungen vorgenommen werden. Es gibt hier Geschäfte, die den Arbeiter, trotzdem sie ihn schlecht zahlen, auch noch zum Sparen anhalten — und dann natürlich nach dem Grundsatze handeln: Wer sparen kann, kann noch billiger arbeiten. Kollegen, rafft Euch endlich auf, erkennt Eure Lage und schlägt Euch dem V. M. A. an, dann wird es uns möglich werden, auch hier bessere Zustände zu schaffen.

**Regensburg.** In der ultramontan-nationalmiserablen Hochburg Regensburg scheinen es sich die Ausbeuter ohne Unterschied der Skulptur im Bunde mit den Behörden und Pfaffen zur Aufgabe gemacht zu haben, den hiesigen Gewerkschaften alle möglichen Hindernisse in den Weg zu legen. Man betreiben sie die Vorkaltdreibeitung. Auf den 10. Juni war eine allgemeine Metallarbeiter-Versammlung in die Schindl'sche Bierhalle anberaumt. Doch am Tage des Stattfindens erklärte der Wirth, trotz seines gegebenen Versprechens, er könne die Versammlung nicht abhalten lassen. Nach den Gründen befragt, gab er zur Antwort, er habe sich am Magistrat bei Rechtsrat Dittborn erkundigt und sei ihm von diesem der Bescheid geworden, daß, wenn er die Versammlung stattfinden lasse, er sofort den Militärhospitall erhalten. Also auch die Behörde hat ihre Hände im Spiel. Jedenfalls hat das arg verchnupft, weil die Metallarbeiter sich über eine am 18. März stattgehabte Versammlung, aus der von den überwachenden Beamten Frauen und Minderjährigen ausgewiesen wurden, beschwerdeführend an die Regierung wandten. — Die Versammlung fand nun im „Goldenen Ritter“ statt. Kollege Haffel aus Nürnberg hatte die Berichterstattung von der 4. ordentlichen Generalversammlung übernommen. Die Beschlüsse derselben wurden allseitig anerkannt, besonders weil durch Einführung der Arbeitslohnunterstützung den Ortsanwässigen ein Rückhalt gewährt wird.

**Riesa a. d. Elbe.** Ueber die Arbeitsverhältnisse auf dem hiesigen Eisenwerk ist schon öfters geschrieben worden. Das Lohnsystem ist dort ein derartiges, daß der Arbeiter vorher nicht weiß, was er verdient. Bei der Auszahlung werden zwar niemals die zu machenden Abzüge für die Pensions- und Krankenkassen z. vergessen, wohl aber manchmal Schichten. Bei den langen Lohnzahlungsfristen ist es unausbleiblich, daß die Arbeiter Vorstoß beanspruchen müssen. Dabei erhalten sie manchmal recht schöne Antworten. Im Brückenbau, für den im Sommer reichliche Aufträge vorliegen, ist die Arbeitszeit eine eifständige. Trotz der schweren Arbeit, die dabei zu leisten ist, haben die Arbeiter, Schweißer z. fast keine Pausen, sie müssen in der Zeit, in der die Pakete zur Verladung im Ofen liegen, Mittag resp. Vesper machen. Dazu kommt die Ueberarbeit, so daß 24-, ja 36stündige Schichten zu verzeichnen sind. Auch an Sonntagen wird in einzelnen Werkstätten gearbeitet. — Schon oft wurde über das Trinkwasser geklagt, ob halb Abhilfe geschaffen wird, weiß man nicht; nöthig wäre es, da nicht alle Arbeiter Geld übrig haben, sich Bier zu kaufen. Familienvätern mit 4—7 Kindern und einem Schichtlohn von 2.50 ist das unmöglich. Die Arbeiter haben sich seit Jahresfrist in beträchtlicher Zahl dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande angeschlossen. Da der Herr Direktor H. erfahren, daß mit diesen Arbeitern nicht zu spaßen ist, so lenkte er ein, er wollte sich mit uns vertragen, indem er in einem Briefe an den Kollegen Schreiber mittheilte, daß Niemand wegen seiner politischen Gesinnung oder irgendwelcher Vereinsangehörigkeit entlassen werde. Auch soll dort, wo Mißstände existieren, nach Möglichkeit Abhilfe geschaffen werden. Später erschien aber ein zweiter „Brief“



Im verschlossenen Glaskasten des Werkes, worin der Herr Direktor sagte, daß er jetzt eine andere Stellung einnehme, er werde gegen diejenigen, die die Arbeiter aufheben, agieren und Anstreben hincintragen, von seinem Hausrechte Gebrauch machen. Er beanspruche genau dieselben Menschenrechte wie der Arbeiter und letztere sollten sich zu ihm halten, dann könnte Alles gehen. Ueber den kurzen Ausstand in Gröbzig ist schon berichtet worden. Das hat die Direktion jedoch nicht gehindert, neuerdings wieder zu maßregeln. Am 4. Juni sprach Genosse Meißel in einer Versammlung. In der Diskussion sprachen zwei Kollegen und forderten die Fernschickenden zum Beitritt in die Organisation auf. Den beiden Kollegen wurde gekündigt. Wie soll man diese Handlungsweise charakterisieren? Kollegen, Arbeiter! Darauf gibt es als beste Antwort nur die: Alle hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!

**Strelitz.** In der am 17. Juni abgehaltenen Mitgliederversammlung entspann sich eine lebhaft diskutierte über die Forderung der Beiträge, resp. die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Vorsitzende schilderte die Vorgänge der Arbeitslosenunterstützung und forderte die Mitglieder auf, auch fernerhin treu zusammenzuhalten und nicht wegen der Erhöhung von 10 % dem Verband den Rücken zu kehren. Nachdem sich noch einige Mitglieder im Sinne des Vorsitzenden ausgesprochen, stimmte die Versammlung den Beschlüssen der Generalversammlung betreffs dieser beiden Punkte zu. Ferner wurde beschlossen, die ausständigen Kollegen in Torgelow sowie in Danemanz zu unterstützen.

**Torgelow.** Am 22. Juni fand hier eine Versammlung des D. M. A. statt, die von circa 400 Mitgliedern besucht war. Nach dem Bericht des Kollegen Fahrman über die 4. Generalversammlung fand eine kurze Diskussion statt. Sämtliche Anwesende erklärten sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden und versprachen, trotz Erhöhung der Beiträge dem Verband treu zu bleiben.

**Schlosser.**

**Leipzig.** Die Bauhofsler hielten am 18. Juni in der Flora eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab. Koll. Schiemann legte den Anwesenden die weittragende Bedeutung der zu derselben Zeit im Pantheon tagenden Formerverammlung klar, und wies auf den Terrorismus der Unternehmerr hin, der hier in der kräftigsten Weise zu Tage tritt. Nachdem er mit einigen kurzen, kräftigen Worten die Buchdruckvorlage gestreift, kam er auf die von der Lohnkommission aufgestellten Forderungen zu sprechen, die folgendermaßen lauten: 1. Einführung der täglich stündlichen Arbeitszeit; 2. 40 % Minimallohn pro Stunde für über 18 Jahre alte Gehilfen und 35 % für unter 18 Jahre alte; 3. für ungelernte Arbeiter einen Minimallohn von 35 % pro Stunde; 4. 15 Prozent Zuschlag für alle Arbeiter, die heute schon den Minimallohn verdienen; 5. Überstunden werden mit 35 Prozent vergütet; 6. doppelter Lohn für Sonntagsarbeit; 7. Arbeitsarbeiten werden nur unter Lohngarantie ausgeführt; 8. Anerkennung des Gehilfenarbeitsnachweises; 9. die bewilligten Forderungen müssen in Form einer Werkstättenordnung in jeder Werkstätte ausgehängt werden. Am Schluß seiner Rede ermahnt er die Kollegen, im Ernstfalle treu und fest zusammen zu halten und sich Mann für Mann der Organisation anzuschließen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine zündenden Worte. Kollege Probst ging nun als Berichterstatter der Lohnkommission auf die Begründung der Forderungen näher ein und überzeugte die Anwesenden von der Notwendigkeit, diese beschriebenen Forderungen in diesem Jahre endlich einmal zu erringen. Nach lebhafter Debatte wurden verschiedene Veränderungen vorgenommen, wonach die Forderungen folgende Fassung bekamen: Der 1. Punkt bleibt unverändert, im 2. Punkt wird ein Minimallohn von 40 % pro Stunde für alle in Bauhofslerereien und Konstruktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter verlangt, 3. 20 Prozent Zuschlag für alle, die schon 40 % und mehr verdienen. Die folgenden vier Punkte bleiben ebenfalls unverändert. Als 8. Punkt wurde eingeschoben, daß die Lohnzahlung am Freitag stattfinden hat. Auch der letzte Punkt wurde in seiner ersten Fassung angenommen. Nachdem die gesamten Forderungen einstimmig gut geheißen waren, wurde die Lohnkommission beauftragt, sie den Fabrikanten und Meistern sowie auch der Leipziger Schlosserinnung zu unterbreiten. Die weiteren Schritte sollen in einer demnächst stattfindenden Versammlung beschlossen werden. Zum Schluß gab Kollege Ulrich noch bekannt, daß das Sommerfest am 9. Juli in den Drei Mühren stattfinden. Er ermahnt die Kollegen, sich zahlreich daran zu beteiligen.

**Schmiede.**

**Magdeburg.** Zugum Schmieden ist zurückgehalten! Diesen Sonnabend ist die Kündigungsfrist zu Ende.

**Münsterberg.** Die in letzter Zeit so viel besprochene Gesetzesvorlage zum Schutze der Arbeitswilligen hat das Gute bewirkt, daß auch viele noch unabhängige Arbeiter sich dazu kommen, Bergleiste gegenüber anderen Arbeitern anzustellen. Zu diesen gehören auch die hiesigen Schmiedegesellen, die in der letzten Mitgliederversammlung der Sektion der Schmiede ihre traurige Lage schilderten. Nach Zusammenstellung der gesamten Mißstände stellte sich heraus, daß nur bei 18 Meistern die vor zwei Jahren erzwungenen Arbeitszeit von 61 Stunden eingehalten wird, daß sich aber auch betreffs der anderen Forderungen viele Mißstände eingeschlichen haben. Bei den übrigen 34 Meistern ist die Arbeitszeit noch eine 67-75stündige unter den verhältnismäßig besten Bedingungen und Lohnsätzen. Bei dem Einen gibt es ganze Kost und Logis, bei dem Andern halbe Kost, beim Dritten müssen wieder die Gehilfen am Sonntag außer dem Hause essen, weil da jedenfalls beim Meister etwas Besseres geschick wird. Bei verschiedenen Meistern wird verlangt, daß zwei Gehilfen in einem Bett schlafen. Die Schlafstellen lassen überall zu wünschen übrig, weil sie sich in viel zu engen Räumen befinden, so daß die zur Gesundheit nötige Luft nirgends vorhanden ist. Es kommt oft vor, daß die Arbeiter in kellerartigen Räumen oder im obersten Bodenwinkel schlafen müssen. Zu Anbetracht dessen, daß auch die Schmiedewerksleute immer mehr aus der inneren Stadt verdrängt werden, die Gefahr besteht, daß auch die 67stündige Arbeitszeit noch zum Teufel geht, wurde folgende Forderung an die hiesigen Meistern gestellt: 1. Die Arbeitszeit soll pro Woche 60 Stunden betragen. 2. Ab-

schaffung des Kost- und Logierwesens. 3. Ein Minimallohn von 18 % 4. 25 Prozent Lohnzuschlag für Überstunden. 5. Versicherung der Gehilfen in einer Privatversicherung gegen eintretende Unfälle. Bei einer Besprechung zwischen den Meistern und dem Gesellenauschuß verhielten sich die Ersteren zwar nicht ganz ablehnend, sie schoben aber vielmehr die ganze Schuld an den Mißständen den Gehilfen zu, weil sich diese Alles bieten lassen. Betreffs des Minimallohnes verhalten sie sich ablehnend. Wir sind aber der Meinung, daß die Schmiedemeister es sehr wohl verstehen werden, ihre Preise so zu setzen, daß sie ihre Gehilfen unabhängig bezahlen können. Sie werden dann auch brauchbarere Leute erhalten können und die Fluktuation wird nicht mehr in dem Maßstabe stattfinden, wie es bisher der Fall war. Schmiedegehilfen, an Euch liegt es nun, ob der Forderung Nachdruck verliehen werden kann und soll, oder ob Ihr wie bisher im alten Schlendrian fortzuweilen wollt. Mit dem Davonlaufen, wenn es Euch nicht paßt, werden die Mißstände nicht beseitigt, aber durch Zusammenhalten müssen sie beseitigt werden. Erscheint deshalb vollständig in der nächsten Mitglieder-Versammlung.

**Zinngießer.**

**Münsterberg.** Die Münsterberger Zinngießer haben an die Meister die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt. Bezug ist deshalb fernzuhalten.

**Feilenhauer.**

**Riesa a. d. S.** Auf das Schreiben des Herrn Ulrich in Nr. 25 d. Bl. ist zu erwidern, daß die Feilenhauer ihre Forderung: 10 stünd. Arbeitszeit und 10 Proz. Lohnerhöhung in korrekter Weise vorgebracht haben, U. hat aber die Lohnerhöhung nicht bewilligt. Deshalb erschien die Notiz in der Zeitung und zwar auf Veranlassung der Feilenhauer. Es könnte noch mehr erwidert werden, nachdem aber Herr U. inzwischen die ganzen Forderungen bewilligt hat und die Sperre aufgehoben ist, so wollen wir davon Umgang nehmen. Nur noch so viel: Der Arbeitsnachweis ist stets korrekt geführt worden, allein es kann eben Niemanden verdacht werden, wenn er um ungenügenden Lohn nicht arbeiten will. — Der Arbeitsnachweis befindet sich bei H. Schreiber, Wilhelmstr. 4.

**Technisches.**

**Neber Schmiedepresse.** Da die Frage des Schmiedens mit der Presse in letzter Zeit eine große Bedeutung gewonnen hat [siehe sie doch bei allen bedeutenden Hüttenwerken auf der Tagesordnung, und auch die kleineren Werke begannen, sich damit zu beschäftigen, seitdem es gelungen ist, auch kleine brauchbare Schmiedepressen zu bauen], so dürfte es zweckmäßig sein, hier auf diese Angelegenheit an der Hand der von Ingenieur Wenne über derartige Pressen der Kaiser Werkzeugmaschinenfabrik gemachten Angaben etwas näher einzugehen. Um die Wirkung einer Schmiedepresse richtig zu würdigen, muß man eine solche vor allen Dingen im Betriebe beobachten. Ihre Wirkungsweise ist ganz und gar von der des Dampfhammers verschieden. Die Presse erzeugt einen bis in das Innere des Materials dringenden Druck, dessen während mehrerer Sekunden andauernde Einwirkung die Hauptgrundlage des erfolgreichen Arbeitens mit der Schmiedepresse ist. Da Druck auf Druck folgt, so wird das Material thatächlich geknetet, die Moleküle fließen durch einander, kommen in festere Berührung, und die ganze zwischen den Pressbahnen liegende Masse befindet sich unter dem Einflusse des Pressdruckes. Was den Dampfhammer anlangt, so bringt sein Schlag, falls der Hammer schwer genug ist und richtig angewandt wird, allerdings auch in's Innere. Wenn aber die lebendige Kraft nicht genügt, um den Hieb bis in's Innere zu verdrängen, so wirkt der Schlag oberhalb auf die Oberfläche, daß er eine härtere Kruste erzeugt, die die Einwirkung des Hammers auf den inneren Theil des Blödes unannehmlich durchdringt. Das ist bei einer Schmiedepresse ganz ausgeschlossen. Ist die Schmiedebahn der Presse breit genug, so wird diese nach einem bestimmten Wege, der durch die Dicke des Blödes vorgeschrieben ist, gehen bleiben, falls sie zur Bearbeitung des Blödes nicht ausreicht. Es kann also nicht vorkommen, daß ein Hieb durch eine zu schwache Presse bearbeitet wird. Ein Gleiches gilt, wenn die Temperatur des Blödes zu tief gesunken ist. Da nämlich die Wirkung der hydraulischen Presse ununterbrochen ist, so wird die Pressbahn so lange fortzuwirken, bis der Widerstand zur Formveränderung des Blödes gleich dem hydraulischen Druck des Kolbens ist.

Damit die Wirkungsweise der Schmiedepresse bis in's Innere des Materials hinein festgesetzt werden konnte, hat man z. B. einen kalten Bronzeblock von 300 Millimeter Durchmesser her, an dessen Vorderseite in der Mitte ein Hohlzylinder von 50 Millimeter Durchmesser eingedrückt war, der Einwirkung einer Schmiedepresse mit Wasserdrucküberziehung von 1200 Tonnen Druck ausgesetzt. Beim ersten Druck mit der Presse formte sich der Kreis zu einer Ellipse mit einer Längenausdehnung von 65 Millimeter um.

Ein weiterer Nachteil des Dampfhammers ist, daß er vielfach den Gebrauch von Matrizen unmöglich macht, welche unter einem ständigen Pressendruck sehr gut angewandt werden können. Nur zum Schmieden kann die Presse auch zu einer Menge anderer Arbeiten, z. B. zur Anfertigung von Geschossen und Kavernen, zum Rollenpressen, Lochpressen, Schwerepressen, Stämpelpressen, Ampfenpressen, Pressen für Stempelkopfschneidwerkzeuge u. mit bestem Erfolg verwandt werden. Wenn eine große Schmiedevorrichtung auf einen dünnen, schnellverformenden Hieb durch einen entsprechenden Dampfhammer ausgedrückt werden soll, so geht ein großer Theil durch die Liebergabe an die Schneidwerkzeuge verloren, und bei öfterer Wiederholung sind Brüche der Kolbenstange unabweislich.

Was die Anschaffungskosten anbelangt, so lassen sich unbedingt feststehende Vergleichszahlen nicht heranziehen, weil gerade die Höhe der Anschaffungskosten eines Dampfhammers sehr von den örtlichen Verhältnissen abhängt. Hier spielen hauptsächlich die Baumverhältnisse eine große Rolle.

In Bezug auf die erforderliche Größe einer Schmiedepresse genügt es nicht, die Größe des zu bearbeitenden Schmiedestückes anzugeben, da die Breite der Einsätze und die Form der zu schmiedenden Stücke eine sehr große Rolle spielen. Sollen z. B. achteckige Stücke von etwa 1 Meter

eingeschriebenem Durchmesser bearbeitet und in quadratische Form gebracht werden, indem man nur auf vier Flächen schmiedet, so erhält man die größte gepresste Breite, wenn man das erste Quadrat von rund 70 Zentimeter Seitenlänge erreicht hat. Beträgt nun die obere Breite des Press-einsatzes z. B. 35 Zentimeter, so ist die größte gepresste Fläche 2450 Quadratcentimeter. Die Erfahrung hat gelehrt, daß man beim normalen Schmieden und bei genügend warmen Blöden auf einen Druck von ungefähr 600 Kilogramm pro Quadratcentimeter rechnen muß, was in diesem Falle einem Druck von 1.470.000 Kilo entspricht. Liegt dagegen ein runder Block von 1 Meter Durchmesser vor, der anstatt auf 4 auf 8 Flächen geschmiedet werden soll, so würde nur ein Druck von 882.000 Kilo nötig sein.

Die Schmiedepresse mit Wasserdrucküberziehung besteht aus zwei Theilen, der Dampftriebvorrichtung und der eigentlichen Presse. Die Dampftriebvorrichtung setzt sich aus einem senkrechten Dampfzylinder und einem langen aus Stahl geschmiedeten hydraulischen Zylinder zusammen. Die Kolbenstange des Dampfzylinders bildet den hydraulischen Kolben für den Pumpenzylinder, der mit dem Dampfzylinder ebenso wie mit der darunter befindlichen Grundplatte durch vier Säulen aus geschmiedetem Stahl verbunden ist. Der hydraulische Kolben verdrängt das Wasser nach dem Presszylinder, welcher sich an der eigentlichen Presse befindet. Die Steuerung erfolgt durch einen Kolbenschieber mit Bronzeringen, der in einer Rothbleibbüchse vollständig entlastet auf- und abgeht. Sobald der Hub beendet ist, geht der Dampfkolben durch sein eigenes Gewicht zurück.

Die eigentliche Presse besteht aus zwei Holmen und zwar dem unteren Holm, der den unteren Presseneinsatz trägt, und dem oberen Holm, in welchem sich der aus Stahlguß angefertigte Presszylinder befindet. Vier Säulen oder Zugschrauben aus geschmiedetem Stahl verbinden beide Holme. Der Kolben des Presszylinders ist mit einem beweglichen Pressquerstück fest verbunden. Dieses trägt die obere Pressbahn und ist an den vier Säulen durch angeglichene Ringe geführt. Zum Heben des Querstüdes dienen zwei kleine Dampfzylinder mit einfacher Wirkung. Man kann den Hub durch den einzigen Hebel einleiten, der überhaupt für sämtliche Bewegungen der Presse und die Treibvorrichtung dient. Die Hubhöhe des oberen Schmiedeeinsatzes wird so berechnet, daß allen Bedürfnissen der Schmiedearbeiten entsprochen ist. Eine besondere Vorrichtung, die unbedingte Sicherheit bietet, erlaubt, den Hub in jeder gewünschten Höhe zu beginnen, je nach der Lage oder Höhe des Schmiedestückes. Man verändert nämlich den Wasserinhalt im Pumpenzylinder, Hochdruckrohr und Presszylinder durch ein Ventil, das die Verbindung nach einem Wasserbehälter herstellt. Bei den großen Pressen gibt es außerdem ein zweites selbstthätiges Fallventil, welches die obere Pressbahn vermöge der Schwerkraft des Kolbens und des Querstüdes sehr schnell zu senken gestattet.

Das Querstück kann sehr leicht in jedem beliebigen Punkte des Hubes gehoben und in dieser Stellung festgehalten werden. Die beschriebene Anordnung gestattet, sehr schnell zu arbeiten. Die Gründung ist verhältnismäßig geringfügig, da der ganze Druck durch die vier Stahlsäulen aufgenommen wird. Wenn ein Stück unter die Presse gebracht wird, für dessen Bearbeitung der größte Druck nicht ausreicht, so bleibt sie einfach stehen, und man braucht nur das Querstück in die Höhe zu heben, um das Schmiedestück wieder herauszunehmen. Bei Arbeiten, die viele Hübe verlangen, z. B. beim Schlichten von Schmiedestücken, steht das Fallventil mit dem Dampfhammer in Verbindung und man kann die Presse für jeden Einzelhub in jede beliebige Höhe schnell einstellen.

Die Treibvorrichtung kann jede beliebige Stelle einnehmen und beansprucht wegen seiner senkrechten Anordnung nur einen sehr geringen Raum. Eine Presse für 100.000 Kilogramm Druck zur Bearbeitung von Kupfen hat 160 Millimeter Hub und macht 40 Hübe in der Minute; bei einem Durchmesser des Presskolbens von 200 Millimetern entspricht dies einem Druck von rund 300 Atmosphären. Es ist selbstverständlich, daß unter dieser Presse nur kleine Kupfen bearbeitet werden können, die nahezu würfelförmig geschmiedet werden müssen, da man länglich geschmiedete Kupfen nicht ordentlich schauen könnte.

A. Vorlig in Berlin baut Schmiedepressen mit Gewichtskammern, betont, daß ihr System einen nachhaltigen, starken Pressdruck gewährleiste und erklärt es für unrichtig, den elastischsten aller Körper, den Dampf, durch unmittelbare Wasserdrucküberziehung auf ein Schmiedestück wirken zu lassen. Die Firma behauptet, mit ihren Pressen die erforderliche Pressung mit einem einzigen Hube zu erzielen, da der Akkumulatordringend Wasserdruckberge, während die Dampftriebvorrichtung mehrere Hübe wirken lassen müsse, um den nötigen Hub in der Presse zu erzielen. Nach Angabe derselben beträgt die Kolbengeschwindigkeit dieser Pressen im Durchschnitt 0,26 Meter pro Sekunde. Eine Presse für 100.000 Kilogramm Druck und 160 Millimeter Hochdruckpressungshub würde bei dieser Kolbengeschwindigkeit rund 50 Hübe in der Minute machen können. Um möglichst schnelle Arbeit bei der Schmiedepressenarbeit zu erzielen, erfüllen diese Art von Pressen folgende Bedingungen: Das Druckwasser kann nach erfolgter Pressung leicht und schnell aus dem Presszylinder entfernt werden; die Umsteuerung für Druck und Rückzug kann ohne die geringste Kraftanstrengung mit der größten Schnelligkeit erfolgen; der gesamte Hub des Kolbens wird beim Pressen nicht wie bei der Dampfhammerpresse in Einzelhübe zerlegt, damit man die Schmiedestücke mit einer Pressung gleich auf die Stärke bringen kann, welche man erzielen will.

Außerdem sind diese Pressen mit einer Hubregelung versehen, die auch während des Schmiedens gehandhabt werden kann. Dadurch soll die Leistungsfähigkeit der Presse erhöht und Betriebskraft erspart werden.

Mit der Verbesserung der Schmiedepressen verschiedener Systeme dürfte also die schwere Schmiedearbeit wesentlich erleichtert und der Arbeitsprozeß nicht unbedeutend beschleunigt und verbilligt werden.

**Gerichts-Zeitung.**

Die Gewerkschaften zu genehmigungspflichtigen Beschäftigungsanstalten zu Aempeln, wird seit einiger Zeit im Reglerungsbezirk Magdeburg verkauft. Der Amts-



vorsteher von Rohr-Bebekow erließ im März des vorigen Jahres nach dem Muster der alten Puttkamerer an den Bevollmächtigten der Zahlstelle Groß-Widde des Zentral-Verbandes deutscher Maurer eine entsprechende Verfügung, worin ausgeführt wurde: „Sie werden hierdurch aufgefordert, binnen drei Wochen den Nachweis zu führen, daß der Zentral-Verband der Maurer (Sitz Hamburg) die ministerielle Genehmigung zur Ausdehnung seines Geschäftsbetriebes (!) in Preußen erhalten hat. Anderenfalls werden Sie in eine Geldstrafe von 60 M genommen und der ungezügelt stattfindende Geschäftsbetrieb (als Versicherungsanstalt) ist sofort einzustellen.“ — Obwohl alsbald das Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet wurde, setzte der Amtsvorsteher doch die Strafe fest und erneute im Amtsseifer seine Verfügung, um dann noch zweimal Straffestsetzungen folgen zu lassen, bis der Landrath anordnete, daß er doch erst den Ausgang des Streitverfahrens abwarten solle. — Der Landrath für den Kreis Verichow II und der Regierungspräsident in Magdeburg stellten sich auf den Standpunkt des Polizeiverweisers, daß man es hier mit einer Versicherungsanstalt zu thun habe. Auf die Klage des Zahlstellen-Bevollmächtigten erwiderte der Regierungspräsident unter Anderem Folgendes: Das Verhältnis des Verbandes zu seinen Mitgliedern sei ein vertragsmäßiges, das begründete Rechtsgeschäft ein gewagtes. Durch dasselbe würde von Seiten des Verbandes gegen Zahlung von Beiträgen u. A. die Gewährung von Rechtsschutz, sowie die Leistung von Unterstützungen für Fälle der Reise oder der Arbeitslosigkeit übernommen. Ein gewerkschaftlicher Betrieb sei für die Annahme einer Versicherungs-Anstalt nicht erforderlich. Die Leistungen seien eine vertragsmäßige, wenn schon unklagbare Pflicht des Verbandes. Die Einschränkung, daß der Verband Unterstützungen „gewährt“, soweit es die Kassenverhältnisse gestatten, erscheine unweifelhaft. Eine Verpflichtung wäre auch rechtlich möglich bei einer derartigen Beschränkung. — Nicht ernst zu nehmen sei der § 12 des Statuts, der besagt, daß sämtliche Unterstützungen freiwillig seien und daß den Mitgliedern keinerlei gesetzliche Ansprüche oder Klagerrecht zustände. — In der Verhandlung vor dem dritten Senat des Oberverwaltungsgerichts wurde der Kläger durch den Rechtsanwalt Wolfgang Heine vertreten. Der Anwalt verwies darauf, daß schon eine Reihe von Entscheidungen in vollständig gleichen Fällen vorlägen, die anscheinend dem Amtsvorsteher, dem Landrath und dem Regierungspräsidenten nicht bekannt seien. Es wäre schon längst entschieden, daß Gewerkschaften mit Statuten, wie die des Maurerverbandes, nicht zu den Versicherungsanstalten gehörten. Die Tausende von Fällen, die derartige Gewerkschaften in Preußen befielen, blieben auch ganz unbeachtet, bis hier und da Jemand, der den ganzen Rechtsstoff nicht bewältige, auf den Einfall komme, es ließe sich gegen sie etwas machen. — In der ihm eigenen vornehmen, aber doch kritisch scharfen Weise zerplückte Heine dann noch einzelne Ausführungen des Regierungspräsidenten. Nach längerer Berathung trat der Senat seiner Auffassung bei, daß kein Grund vorliege, von der bisherigen Praxis abzugehen. Nach dieser liege aber eine Versicherungsanstalt nicht vor, wenn ein Rechtsanspruch auf versprochene Unterstützungen nicht gegeben sei. Die Bescheide des Regierungspräsidenten und des Landraths wurden darum aufgehoben und die Verfügung des Amtsvorstehers wurde außer Kraft gesetzt.

**Was ist eine „öffentliche“ Geldsammlung?** Bekanntlich ist die Vornahme solcher in Sachen durch behördliche und ministerielle Verordnungen von einer Genehmigung der Polizeibehörde abhängig. In der Praxis kommt dies für die Arbeiterbewegung einem Verbot von Geldsammlungen gleich, weil die Genehmigung nur in den seltensten Fällen gegeben wird. Jetzt hatten fünf Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dabei der besoldete Geschäftsführer desselben für die Zahlstelle Dresden Streikammellisten ausgegeben, beziehungsweise das darauf gesammelte Geld entgegengenommen. Die Betreffenden haben daraufhin Strafbefehle in Höhe von 5 bis 20 M bekommen wegen unerlaubter öffentlicher Geldsammlung. Es wurde die Entscheidung des Gerichts angerufen, und es drehte sich dabei nur um die Rechtsfrage, ob die Sammlung im Rahmen der Verbandsmitgliedschaft — denn nur um eine solche handelte es sich — eine öffentliche ist oder nicht. Das Statut bestimmt ausdrücklich, daß außer den regelmäßigen Beiträgen freiwillige Extrabeiträge in irgend einer Form erhoben werden können. Das Schöffengericht in Dresden hat jetzt im Sinne der Polizei entschieden und die Fünf zu den ausgeworfenen Strafen verurtheilt. Und zwar mit der „Begründung“, daß ein Verein, der in Deutschland etwa 70.000, in Dresden etwa 2000 Mitglieder hat, nicht mehr als ein geschlossener Personenkreis anzusehen wäre. Diese salomonische Feststellung, der jede nähere Präzision fehlt, warum denn ein großer Verein nicht als „geschlossener Personenkreis“ zu betrachten ist, dürfte jedenfalls bis jetzt selbst in Sachsen einzig dastehen.

**Crimmitchau.** Am 25. Mai fand vor dem hiesigen Schöffengericht die Verhandlung gegen den Fellenhauer Karl Müller statt. Er war angeklagt, am 17. April, Abends 6 Uhr auf dem Mannichswalderplatz den Schloffer Ludwig aus Boigtberg, der beim Streik bei der Firma Kettling u. Braun als Arbeitswilliger fungierte, bedroht zu haben. Müller soll zu einem Streikenden, der zufällig hinzukam, geäußert haben: „Hier ist auch einer, der bei Kettling u. Braun arbeitet, der verdient rechte Schellen. Wenn Du (zu Ludwig gewendet) nicht aufhörst zu arbeiten, kommst Du ins Volksblatt.“ Durch diese Worte fühlte sich Ludwig belästigt und erstattete er, oder seine Hintermänner, Anzeige. Als Zeuge war noch Schuchmann Wöhrner, dem der Kläger den Vorfall erzählt hatte, mit hinzugezogen worden. Verteidiger war Rechtsanwalt Schumann aus Plauen. Müller bestritt auf das Entschiedenste, die oben erwähnten Worte gebraucht zu haben. Hierin unterstützten ihn zwei weitere Zeugen, die gleichfalls die Worte nicht gehört haben. Da die Letzteren nicht ereidigt wurden, so endete die Verhandlung mit der Verurtheilung des Angeklagten zu einer Woche Gefängnis. Aus der Begründung des Urtheils geht hervor, daß zweifellos eine Bedrohung des Klägers, ihn von der Arbeit abzuhalten, vorliege. Da die zwei Entlastungszeugen zwar bestritten, daß solche Worte gefallen wären, sie jedoch nicht bestimmt behaupten konnten, daß sie jedes Wort verstanden hätten, müßten konnten die Worte von dem Angeklagten ge-

braucht worden sein. Als strafmildernd wurde dem Antrag des Verteidigers gemäß angesehen, daß Müller kein Streikender war, er also auch kein großes Interesse daran haben konnte, den Kläger von der Arbeit fernzuhalten. Berufung ist, als aussichtslos, nicht eingelegt worden.

## Rundschau.

**Als nächste ordentliche General-Versammlung der Vereinigung aller in der Schmiederei beschäftigten Personen** tagte vom 21.—24. Mai in Berlin. Anwesend waren 33 Delegirte aus 32 Städten.

Dem Geschäftsberichte des Vorstandes ist zu entnehmen, daß die Kämpfe in der letzten zweijährigen Geschäftsperiode ebenso zahlreich waren, wie in den früheren Jahren. Die meisten Differenzen sind jedoch auf friedlichem Wege geschlichtet worden und verliefen zu Gunsten der Arbeiter. Die Hauptforderungen waren Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung des Kost- und Logiswesens, sowie Regelung des Herbergswesens und des Arbeitsnachweises. Ein festes Fundament habe die Vereinigung durch die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung erhalten, da damit eine größere Stabilität der Mitglieder geschaffen worden ist. Die Mitgliederzahl betrug vor zwei Jahren in 29 Zahlstellen 2250 und ist seitdem auf 2950 in 33 Zahlstellen gestiegen.

Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen der Vereinigung vom 1. Januar 1897 bis zum 31. Dezember 1898 für Eintrittsgelder 1820.50 M, für Beiträge 28.444.50 M, für Extrasteuer 1679.25 M und sonstige Einnahmen 2216.59 M. Dazu kommt der alte Bestand vom letzten Quartal 1896, sodaß sich eine Gesamt-Einnahme von 37.090.28 M ergibt. Ausgegeben wurde für Beamten-Entschädigung 2488.74 M, für Verwaltungskosten 3441.87 M, für Reiseunterstützung 1463.98 M, für Agitation 479.56 M, für Streit- und Gemäßregelten-Unterstützung 1125.91 M und für das Vereinsorgan 11.207.31 M (eingenommen aber wurden hierfür 1732.31 M). Die übrigen Ausgaben beliefen sich auf 5560.19 M, sodaß eine Gesamtausgabe von 26.267.28 M und ein Kassenbestand von 10.827.72 M zu verzeichnen ist. Die Anträge von den Zahlstellen Halle, Magdeburg und Braunschweig, auf Anschluß an den Metallarbeiter-Verband, wurden mit 29 gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Bei der Berathung über die „Arbeitslosen- und Reise-Unterstützung“ wurde auf den Werth und die Bedeutung des Unterstützungswezens verwiesen. Die Beitragserhöhung auf 25 J wurde beschlossen und folgende Unterstützungsätze normirt: Die Arbeitslosenunterstützung beträgt 1 M pro Tag für 42 Tage im Jahre bei 52 hintereinander geleisteten Wochenbeiträgen, bei 156 Beiträgen 1.50 M, bei 312 und mehr Beiträgen 2 M. Für gemäßregelte Mitglieder wurden Umzugskosten bis 75 „ bewilligt. Die Reiseunterstützung ist ebenfalls nach Tagelohn festgelegt. Streikunterstützung wird vom Beginn des Streiks ab bezahlt und zwar: Für Unverheiratete 10 M, für Verheiratete 12 M und für jedes Kind, höchstens aber für 4 Kinder, je 1 M pro Woche.

Die Firma der Vereinigung soll ferner lauten: Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Arbeiter. Ferner entschied sich die Versammlung für Anstellung eines Beamten mit 1700 M Gehalt; die Anstellung eines zweiten Beamten soll durch Urabstimmung entschieden werden. Der Sitz des Vorstandes bleibt Hamburg, der Ausschuß verbleibt in Kiel, die Preiscommission in Berlin.

**Die erste amtliche Streikstatistik** wird im neuesten Vierteljahrshefte für die Statistik des deutschen Reiches veröffentlicht. Sie ist nach den Erläuterungen nur eine vorläufige und gibt insbesondere über die Gründe, Dauer und Ausgang noch keine Mittheilungen. Nach diesen Zusammenstellungen wurden im ersten Quartal 1899 191 Ausstände begonnen, von denen 154 wieder beendet sind; außerdem sind noch 7 bereits vor dem 1. Januar 1899 begonnene Ausstände im ersten Vierteljahr d. J. beendet worden. Von den begonnenen Ausständen entfielen 118 auf Preußen, 22 auf Sachsen, 20 auf Bayern, 7 auf Damburg und 4 auf Elsaß-Lothringen; in den übrigen deutschen Staaten wurde die Zahl von 3 Ausständen nicht überschritten. Unter den preussischen Provinzen stand, abgesehen von Berlin, wo 36 Ausstände begonnen worden sind, das Rheinland mit 15 Ausständen obenan; dann folgen Brandenburg und Westfalen mit je 11, Sachsen mit 10, Hannover und Hessen-Nassau mit je 9 Ausständen. Von den einzelnen Gewerben hatten die meisten Ausstände das Baugewerbe mit 38, dann folgen die Textilindustrie und die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit je 21, die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe und das Bekleidungs- und Steinigungsgewerbe mit je 20, und die Industrie der Steine und Erden mit 19 Ausständen. Von den im ersten Vierteljahr 1899 beendeten Ausständen waren im Ganzen 408 Betriebe ergriffen worden, von denen 145 zum völligen Stillstand kamen. Die Zahl der Betriebe, in denen der Ausstand sich nicht auf alle ihre Geschäftszweige erstreckte, betrug 78. In sämtlichen Betrieben waren beim Ausbruch des Ausstandes 16.246 Arbeiter beschäftigt gewesen, wobei allerdings von 11 Betrieben die Angaben fehlen. Die Höchstzahl der gleichzeitig ausständigen Arbeiter betrug 8129. Von den Ausständigen hatten 4784 keine Kündigung, während 3166 „kontraktbrüchig“ waren, wie es im polizeilichen Jargon heißt. Die Zahl der im ersten Vierteljahr begonnenen Ausperrungen betrug 6, von denen 5, sowie eine früher begonnene beendet sind. Von den beendeten Ausperrungen waren 9 Betriebe ergriffen, von denen 4 zum völligen Stillstand kamen. In diesen Betrieben waren bei Beginn der Ausperrung 512 Arbeiter beschäftigt; die Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten betrug 95.

**Zur Ausperrung in Dänemark.** Wie dem „Vorwärts“ aus Kopenhagen berichtet wird, kam am 19. Juni in der Kopenhagener Stadtverordneten-Versammlung die von liberaler Seite an den Magistrat gestellte Interpellation über dessen Stellung zur Ausperrung zur Verhandlung. Die Verhandlung gab den sozialdemokratischen Vertretern Gelegenheit, die kapitalistische Brutalität, die sich in der Ausperrung offenbart, in scharfen Ausdrücken zu geißeln, sowie mit Nachdruck zu verlangen, daß die kommunalen Arbeiten, Bau-

unternehmungen u. s. w. von der Kommune in eigener Regie ausgeführt werden sollen. Die Antwort des Magistrats war, wie erwartet, sehr zahm. Bis jetzt hat er auch nichts gethan, um etwas von dem Schaden zu heilen, welchen die Ausperrung angerichtet hat. Ja, der Magistrat mußte sogar zugeben, daß er den Unternehmern das Zugeständniß gemacht hat, die Ausführung der Kommunalarbeiten bis nach Beendigung der Ausperrung zu verzögern. Auf der anderen Seite fielen seitens des Magistrats jedoch auch Aeußerungen, welche den sozialdemokratischen Forderungen gegenüber, die Arbeiten in eigener Regie ausführen zu lassen, entgegenkommen. Die Debatte gestaltete sich zu einer Niederlage für die ausperrenden Kapitalisten, welche sowohl von den Sozialdemokraten als von den Liberalen scharf angegriffen wurden. Die reaktionären Vertreter der Kapitalisten wagten nicht einmal den Versuch, sich zu vertheidigen.

Man darf deshalb jedoch nicht glauben, daß eine Aussicht vorhanden ist, die Ausperrung sobald beendet zu sehen. Im Gegentheil, sie wird mit derselben Rücksichtslosigkeit fortgesetzt wie bisher. Denn was kümmert die Kapitalisten, eine moralische Niederlage, so lange sie die Macht haben, die Arbeiter tyrannisieren zu können. Man erzieht das am besten aus ihrer Stellung zu dem auf ihre Initiative ins Leben gerufenen Schiedsgericht. Diesem gegenüber fahren sie fort, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen, und deshalb ist vor der Hand noch keine Aussicht vorhanden, daß das Schiedsgericht ein Urtheil abgegeben oder daß die Ausperrung bald beendet werden wird.

## Litterarisches.

**Protokoll der Verhandlungen des 8. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands.** Abgehalten in Frankfurt a. M.-Bodenheim vom 8. bis 13. Mai 1899. Verlag der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands, G. Reigen, Hamburg 6. Die Schrift erhält eine fast wörtliche Wiedergabe der Verhandlungen des für die deutsche Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung überaus wichtigen Kongresses. Diese Verhandlungen sind in der Zeit des Buchtausturzes um so bedeutamer, als aus ihnen hervorgeht, daß es ein geradezu gemeingefährliches Treiben ist, wenn die Unternehmer die Regierung dazu drängen, eine Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterorganisation zu schaffen. Deswegen ist die Fiktion des Protokolls Freunden wie Gegnern der Arbeiterbewegung dringend zu empfehlen. Der Preis der 14 1/2 Bogen starken Schrift beträgt im Buchhandel 1 M Mitglieder der Arbeiterorganisationen erhalten dieselbe durch die Vertrauenspersonen resp. durch das Gewerkschaftskartell unter dem Selbstkostenpreis für den Betrag von 25 Pfg.

**Das Protokoll über den Ersten Bauarbeiter-Schutz-Kongress in Berlin** ist erschienen und durch Ch. Kämmling-Hamburg zu beziehen.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 39. Heft des 17. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Vorpöfengesechte. — Die „Buchtausturvorlage“. Besprochen von Arthur Stadthagen. — Zur Wohnungsfrage. Von E. Hugo. — Stillmandlungen. Von Johannes Gauke. — Notizen: Die oberclassische Glacehandschuhnäherei. — Familienkon: Erinnerungen eines Achtundvierziger's (Fortsetzung.)

**„Nordböhmische Blänge“.** Eine Sammlung von Arbeiterdichtungen. Herausgegeben von Heinrich Bartel, 142 S. Preis 75 J. Verlag von Albin Renger, Volksbuchhandlung, Chemnitz. — Gedichte von nordböhmischen Arbeitern sind es, mit denen der Herausgeber an die Öffentlichkeit tritt. Vermöge ihrer sozialen Tendenz eignet sich ein großer Theil der Gedichte zu Vorträgen bei Arbeiterfesten und Unterhaltungen. Jeder Freund einer volksthümlichen Poesie soll sich das Buch anschaffen.

**Im Preise der Enklippen.** Eine populäre Darstellung der Stahl- und Eisentechnik. Von Almand Freiherr v. Schweiger-Dresenfeld. Mit 34. 400 Abbildungen. In 30 Lieferungen à 30 Kr. = 50 Pfg. = 70 Gts. Die Ausgabe erfolgt in zehntägigen Zwischenräumen. Ausgegeben sind bisher Lieferungen 1 bis 24. Auch in zwei Abtheilungen à 4 fl. 50 Kr. = 7 Mk. 50 Pfg. = 10 Kr. zu beziehen; die erste davon ist ausgegeben. (Al. Hartleben's Verlag in Wien.) Die weiteren Abschnitte dieses ebenso reichhaltigen als gebiegenen Werkes behandeln in den Lieferungen 19 bis 24 die ausführliche Geschichte der modernen Kriegsmarine seit Einführung des Panzerschiffbaues, wozu letzterem ein besonderes, durch das beste und neueste Illustrationsmaterial unterstütztes Kapitel gewidmet ist. Hieran schließt ein ebenso ausführlicher, mit einer Fülle von Abbildungen geschmückter Abschnitt über die submarinen Kampfmittel (Minen, Torpede, Unterseeboote). Das nächste Hauptstück des Werkes ist den Kriegsmitteln zu Land gewidmet, von welchen das Geschützwesen im Allgemeinen und die Schnellfeuergeschütze im Besonderen in ebenso übersichtlicher als erschöpfender Weise an der Hand reicher Anschauungsmittel die vorliegenden Feste fällen.

## Briefkasten.

**Herrn Sch., Dresden.** Wir verstehen Ihre Karte nicht ganz. Bitten um Angabe Ihrer Adresse.

## Verbands-Anzeigen.

### Mitglieder-Versammlungen.

- Augsburg.** Samstag, 1. Juli, Abends 8 Uhr im „Blauen Hof“. Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz.
- Altenburg.** Sonnabend, 1. Juli, Abends halb 9 Uhr im „Liwol“. Abrechnung vom 2. Quartal.
- Barmen.** Samstag, 8. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Hübl, Fischerthalerstr. 19. Vortrag.
- Barmen.** Am 8. Juli.
- Bernburg.** Sonnabend, 8. Juli.
- Biebrich.** Am 1. Juli.
- Sittlerfeld.** Samstag, 1. Juli.



**Bodum.** Sonntag, 2. Juli, Vormittags 10 Uhr bei Pfister. Bericht über die Konferenz in Wülhelm a. d. Ruhr.

**Bremen.** Sonnabend, 8. Juli, Abends halb 9 Uhr im Vereinshaus, Hankenstraße.

**Gannstatt.** (Allg.) Samstag, 1. Juli, Abends 8 Uhr im „Ruffischen Hof“. Vortrag des Kollegen Hermann-Stuttgart. Bericht vom Gewerkschaftskartell.

**Gannstatt.** (Sektion der Former.) Samstag, 1. Juli, im Lokal. Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle abzugeben.

**Dortmund.** (Allg.) Samstag, 8. Juli, bei Regel, Mühlenstraße 1.

**Dresden u. Umgebung.** Sonnabend, 8. Juli, Abends 9 Uhr im Trianon. Die Mitgliedsbücher in der Paternenfabrik von Arnold und andere Werkstattangelegenheiten. Gewerkschaftliches.

**Hüßeldorf.** (Allgemeine.) Samstag, 1. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Prevor. Vortrag: Ursprung und Heimath des Menschengeschlechts. Referent: Dr. med. Woltmann-Barmen.

**Erfurt.** (Allg.) Sonnabend, 8. Juli.

**Erfurt.** (Sektion der Klempner.) Jeden Sonnabend nach dem 1. u. 15. bei Wirsching, Allerheiligenstr. 8.

**Essen.** (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 8. Juli bei Wente, Kaskanienallee.

**Frankenthal.** Sonntag, 2. Juli, Vormittags halb 10 Uhr bei Wargand, Welschgasse 88. Vortrag. Die obligatorische Anerkennung des Gewerbegerichts als Einigungsamt. Kartellbericht.

**Gildburghausen.** Sonntag, 2. Juli, Nachmittags 3 Uhr bei Georg Kupfer, Knappengasse 159.

**Kaiserslautern.** (Allgemeine.) Samstag, 1. Juli, in den „Drei Mühlen“.

**Karlsruhe.** (Sektion der Blechner und Installateure.) Samstag, 1. Juli, in der „Wacht am Rhein“, Gartenstr. 2. Vortrag.

**Kiel.** (Allgemeine.) Mittwoch, 5. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Ahrens, Alte Reihe 8. Vortrag: Der Handwerksbursche früher und jetzt. Bericht vom Gewerkschaftskartell.

**Landshut.** Unser Verbandslokal ist vom ersten Juli ab im „Kaiserhof“, Papiererstr. — (Städteversammlung 8. Juli halb 9 Uhr daselbst).

**Legnitz.** Sonntag, 8. Juli im Gasthof zum „Preussischen Hof“.

**Ludwigsburg.** Montag, 2. Juli, Abends 8 Uhr bei Otto Schulze, Beelitzerstr. 34.

**Ludwigsburg.** Samstag, 1. Juli, Abends halb 9 Uhr im „Schwanen“.

**Ludwigschafen a. Rh.** Samstag, 2. Juli, Abends halb 9 Uhr im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Marktstraße.

**Magdeburg.** Sonnabend, 1. Juli, Abends halb 9 Uhr: Bezirk Budau, Thalia, Dorotheenstr. 14. — Neue Werkstatt, Weißer Hirsch, Friedrichsplatz 2. — Bezirk Alte Stadt, Wolfslämpf, Weinbergstr. 27. — Sonnabend, 8. Juli, Abends halb 9 Uhr: Branche der Installateure, Burgstraße, Thierschtr. 28. — Sonntag, den 9. Juli, Nachmittags 4 Uhr: Bezirk Groß-Ottersleben, Gasthof zum „Goldenen Stern“. — Bezirk Salzte-Westerrhien, Andreas Raab, Salte; Abends halb 8 Uhr: Bezirk Diesdorf, Ww. Wärtens.

**Mannheim.** (Sämtliche Sektionen und Branchen.) Jeden ersten Samstag im Monat im Saale des „Bellevue-Keller“.

**Merseburg.** Sonntag, 2. Juli, Vormittags 11 Uhr im Saale des „Hörschen“. Vortrag. Referent: Redakteur Ewienty.

**Menselwitz.** Sonnabend, 1. Juli, Abends 8 Uhr in der „Quelle“. — Bücher sind zur Revision abzugeben.

**München.** (Sektion d. Schlosser l. d. Far.) Samstag, 1. Juli im „Oberrotl“: Fortsetzung der außerordentlichen Versammlung.

**Nürnberg i. O.** Samstag, 1. Juli. — Die Mitgliedsbücher sind zur Revision mitzubringen.

**Nürnberg a. S.** Sonnabend, 1. Juli, im „Anker“.

**Nürnberg.** (Sektion der Schleifer, Pelierer und Bernier.) Das Versammlungslokal befindet sich jetzt „Frische Quelle“, Albrecht Dürerstraße 1. — Samstag, 15. Juli, Abends 8 Uhr daselbst.

**Nürnberg.** (Sektion der Flaschner.) Samstag, 1. Juli, im „Goldnen Hirschen“ (Nöschmannsplatz).

**Oelsch i. B.** Am 8. Juli im „Bergjubiläum“.

**Rathenow.** Sonnabend, 8. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Stöckh. — Branchenversammlung: Einigkeit am 15. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Pfeiffel.

**Regensburg.** Samstag, 2. Juli, Abends 8 Uhr im „Goldenen Hirschen“. Vortrag über das Pinselwesen oder die Eintonnen ohne Arbeit.

**Reutlingen.** Samstag, 1. Juli, Abends 8 Uhr in der „Germania“.

**Stuttgart.** Samstag, 8. Juli, im Gewerkschaftshaus, Flingerstr. 17.

**Wuppertal.** Samstag, 1. Juli, Abends 8 Uhr bei Ballinger, Wohlfahtstraße.

**Wülhelm.** Samstag, 8. Juli, Abends halb 9 Uhr bei Wittke, Wülhelmstr. 26. Wahl des 1. Quartals. — Zur Revision der Mitgliedsbücher sind sämtliche ausgelegene Bücher mitzubringen; sie müssen nach der Revision wieder in Empfang genommen werden.

**Frankfurt a. S. (Hellenhauer.)** Wir erlauben die Kollegen, sich für die an den Arbeitsnachweis zu halten. Der nachfolgenden Kollegen wird das Gesuchentzogen. — Der Arbeitsnachweis befindet sich vom 1. Juli ab Trarberg 14a/1 bei W. Dreyer. Sprechzeit Mittags von 12—1½; Abends von 6½—7½.

**Fresen.** (Sektion der Klempner.) Die Adresse des Bevollmächtigten ist vom 1. Juli ab: Paul Schwaninger, Bergmannstr. 5.

**Gannstatt.** Zum Anstieg der Stuttgarter Kollegen, nach Gals, Leinach, bis zum Früh Abfahrt 5 Uhr 22 Min. Das Fahrgehalt beträgt M. 2.50.

**Legnitz.** Wir erlauben Karl Hecht, Seidenhauer, Bach Str. 127/5, um Angabe seiner Adresse.

**Dortmund.** (Allgem.) Die Reiseunterstützung wird Abends von halb 8 bis halb 9 Uhr bei Wirth Regel, Wahlenstraße 1, ausbezahlt. Die Herberge befindet sich bei Wilm, Bornstraße.

**Grünberg i. Schl.** Bevollm.: Albert Westphal, Alte Gebirge 66; Kassier: Max Jablonski, Niederstr. 1, Hof. Reisegeld ebenfalls von 12—1 Uhr.

**Kempten.** Bev.: Vinzenz Rieger, Hirschelgasse R. 119. Kassier Franz Stadler, Baderstr. 77. — Arbeitsnachweis, Reisegeld und Herberge: „Gasthaus zum Theater“.

**Legnitz.** Sonntag, 9. Juli, Omnibusfahrt nach den Wilmannsborjer Hochbergen. Karten bei den Unterkassierern. — Mitgliedsbücher werden von den Unterkassierern eingezogen.

**Köln.** III. Stiftungsfest. Sonntag, 9. Juli, Nachmittags 3 Uhr im Hofe des Gastwirths Weinrich, 9—6 Uhr Konzert, 6 Uhr ab Tanz. Festrede, gehalten vom Stadtverordneten Krumm-Gießen. Eintritt für Mitglieder 20 M., deren Familienangehörige 10 M. Nichtmitglieder 20 M. à Person.

**Merseburg.** Die Wohnung des Bevollm. August Dreißner befindet sich jetzt Leichstraße 10.

**Mühlstein, Feldman und Umgebung.** Sonntag, 2. Juli, früh 6 Uhr, Fußparthie nach Vorderjessen durch den Liebethaler Grund in die Vogelmühle. Treffpunkt an der Wirtshäuser Fähr.

**München.** (Sektion der Siebmacher u. Drahtarbeiter.) Der Arbeitsnachweis befindet sich bei J. Baumeister, Baaderstraße 78a/17.

**München.** (Sektion d. Schlosser l. d. Far.) Die Adresse des Kassiers ist D. Schwend, Auenstraße 68, l. links.

**Neu-Ruppin.** Sonntag, 9. Juli, Ausflug per Kreuzer nach Rheinsberg. Abfahrt Morgens 7 Uhr. Die Teilnehmer können sich in die Liste einzeichnen. — Sonnabend, 1. Juli, Zusammenkunft bei Gollinger.

**Nürnberg.** (Allg.) Unser Bureau befindet sich Dürerstraße 16, l. wofür das Reisegeld angewiesen wird. Bureaustunden: Früh 9—1, Nachm. 3—7 Uhr, Sonntags Früh 8—9 Uhr.

**Schönebeck a. d. E.** Zeitungsbelegporteur u. Unterkassier für den 1. Bezirk ist jetzt Kollege Blank.

**Gestorben.**

In Nürnberg: Andr. Brumbach, Schlosser, 29 Jahre; Joh. Bergmann, Dreher, 30 Jahre. Beide an der Proletarierkrankheit. — In Uckerath Martin Raymond Sulzmann an Lungenleide.

**Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.**  
Menselwitz. Mitgliederversammlung im Restaurant zur „Quelle“. Sonnabend, 31. Juli, Abends 8 Uhr. Wahl der Ortsverwaltung. Verwaltungsbericht.

**Öffentliche Versammlungen.**

**Jugaburg.** Samstag, 8. Juli: öffentliche Metallarbeiterversammlung im Gasthaus z. „Wittelsbacher Hof“, Feuertengasse. Vortrag: Nutzen und Zweck der Organisation. Referent aus München.

**Privat-Anzeigen.**

**Achtung: Former und Berufsgenossen!**

Empfehle mich zur Sicherung meiner allseitig beliebten, aus bestem Material gefertigten und höchst sauber hergestellten Fabrikate in

**Formerwerkzeugen, Formergürteln u. s. w.**

Zufendung meines neuesten Musterbuchs nebst Preisliste erfolgt franco.

**L. Sächs. Formerwerkzeugfabrik H. Schneider Leipzig-Lindenau, Duedstr. 13.**

**Quittungsmarken, Habakuckmarken, Hautschukstempel,**  
jeweile alle Francherbetten in Buch- und Steinbrud liefert sauber und preiswerth  
**Konrad Müller,**  
Lehrmeister Leipzig.  
Illustrierte Preislisten gratis!

**Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel**  
liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen u. Vereine.  
**Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehen 45.**  
Verlag sozialistischer Bilder.  
Illust. Preislisten gratis und franco.  
Nochen erschieben das neue  
**Fractionsbild der sez.-dem. Partei 1892.**

Gesucht ein tüchtiger Maschinenstichter, welcher auch im Drehen bewandert ist. Dauernde Arbeit bei gutem Lohn.  
Jugos Grogan, Remminger t. S.

**Tüchtige Former und Sieber**  
für unsere Metallgießerei gesucht.  
94] **Deutsche Gießereifabrik A.-G.**  
vorm. Fries & Höpflinger  
Schweinfurt a. M.

**Welche?**  
**Metallwaaren-Fabrik**  
würde die Unfertigung eines Massenartikels übernehmen? Stanzarbeit in Weißblech oder vernickeltem Eisen- oder Messingblech od. Zinnblech.  
Anfr. unter O. P. 30 an die Exped. [93

**Dreher, Schlosser, Meister etc.**  
erhalten lohnenden Nebenverdienst. Off. an Aug. Joh., Siebichenslein, Halle a. S. [51

**Tüchtige Metallbrüder auf Silberwaaren** finden bei hohem Lohn dauernde Stellung. Offerten mit Zeugnissen an [84] **Martin Maier, Mainz.**

**Ausruf.** Der Schlosser Karl Heitmann aus Anklam wird gebeten, so schnell wie möglich seine Adresse an Karl Bohé, Schlosser, Neuenbürg a. Enz (Württemberg), Föhlerstraße 267, I zu senden. [92



**Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit**

die **lederste Herkules** tragen. Geschl. Schutz angem. Klein. Verkauf. Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Hinten und vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Netzköpfe und Kapnähte. Feste Leder-Pilottaschen, die Hofe

(Bei Entnahme von 6 Stück 26 M.) **4 Mk. 50**

Gest. indigoblaues Jacket für Maschinenisten, Monteur etc.	1 Mk. 90
Gest. indigoblaue Hofe bito	1 Mk. 50
Prima Manchester Hofe	8,—, 5 Mk. 50
Gefüttertes Manchester-Jacket	18,—, 10 Mk. —

**Baer Sohn**  
En gros Berlin 50. Export. Berlin N. En détail Brückenstr. 11. Chausseestr. 24a. Berlin O.

**Gr. Frankfurterstr. 10.**  
Die 13. Preisliste über gesammte Herren- und Knaben-Bekleidung wird gratis und franco versandt. [4  
Verandt von 20 M. an franco. — Bei Bestellungen genügt Angabe der Brust- und Bundweite und Schrittweite.

**Härtezange für Feilen,**

mit welcher man Feilen tadellos gerade, auch wenn sie so dünn wie ein Schlegel sind, bequem härten kann, offerirt à Stück Mk. 1.50 franco per Nachnahme. [48  
**Aue bei Schmalkalden. Gust. Volk.**

**Zum Schutz der Organisation**

gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16mündigen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die **Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.**  
Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer evtl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen.  
In Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Konsumvereine evtl. direkter Versandt zu Engros-Preisen. Vertreter erhalten Provision. [3

**Bitte, veränderte Auflage:**  
**Neherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.**  
(Auch Lorenz für Radfahrer) über 2000 Reise-Nutzen. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenkarten. Gebd. M. 1.50. Durch alle Buchhandl., Kolp. u. J. Neherm, Nürnberg.